



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

14. Jahrgang · Heft 5

Mai 1962

Aufsätze:

Ehescheidungen 1960

Bauwirtschaft 1961

Fremdenverkehr Sommer 1961

Kapitalgesellschaften 1961

Steueraufkommen 1961

Kurzberichte:

Schweinebestand März 1962

Streiks

INDUSTRIELAND

— AGRARLAND

Anteil der Bereiche

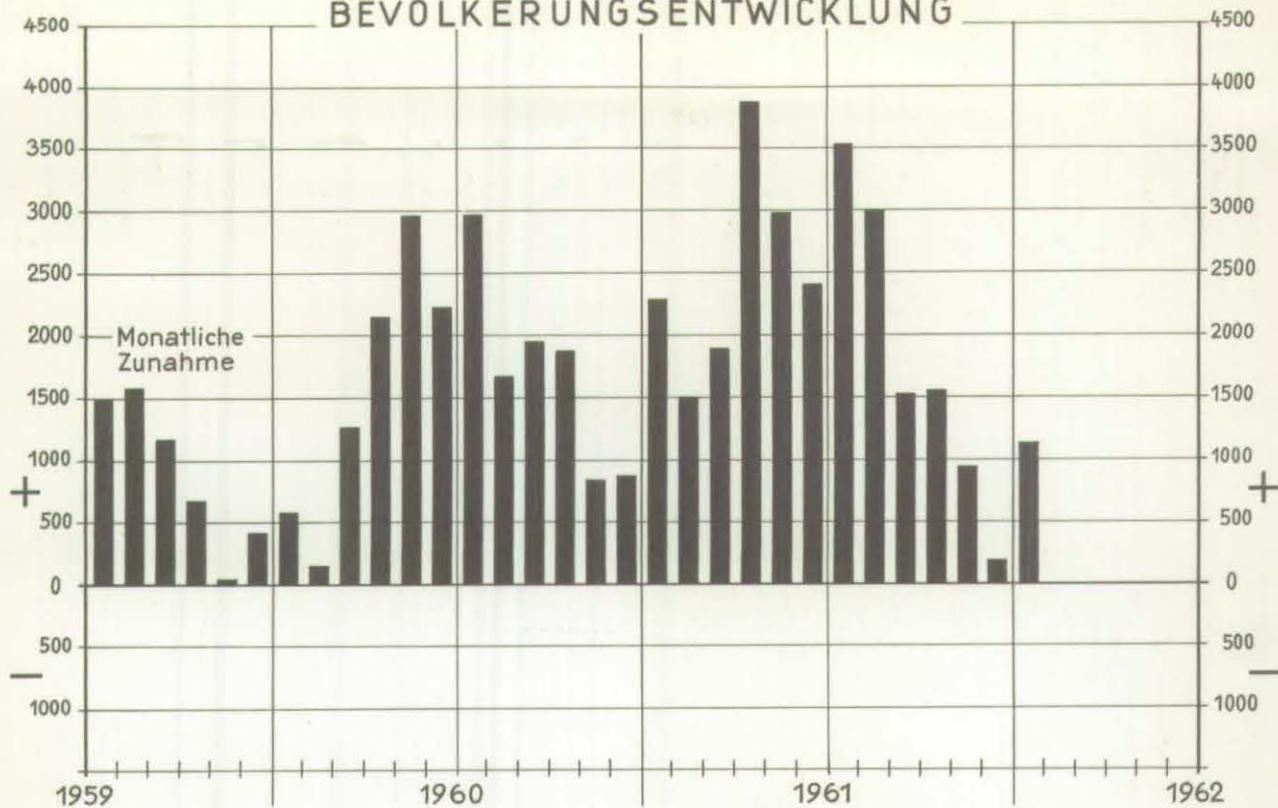


Herausgegeben vom

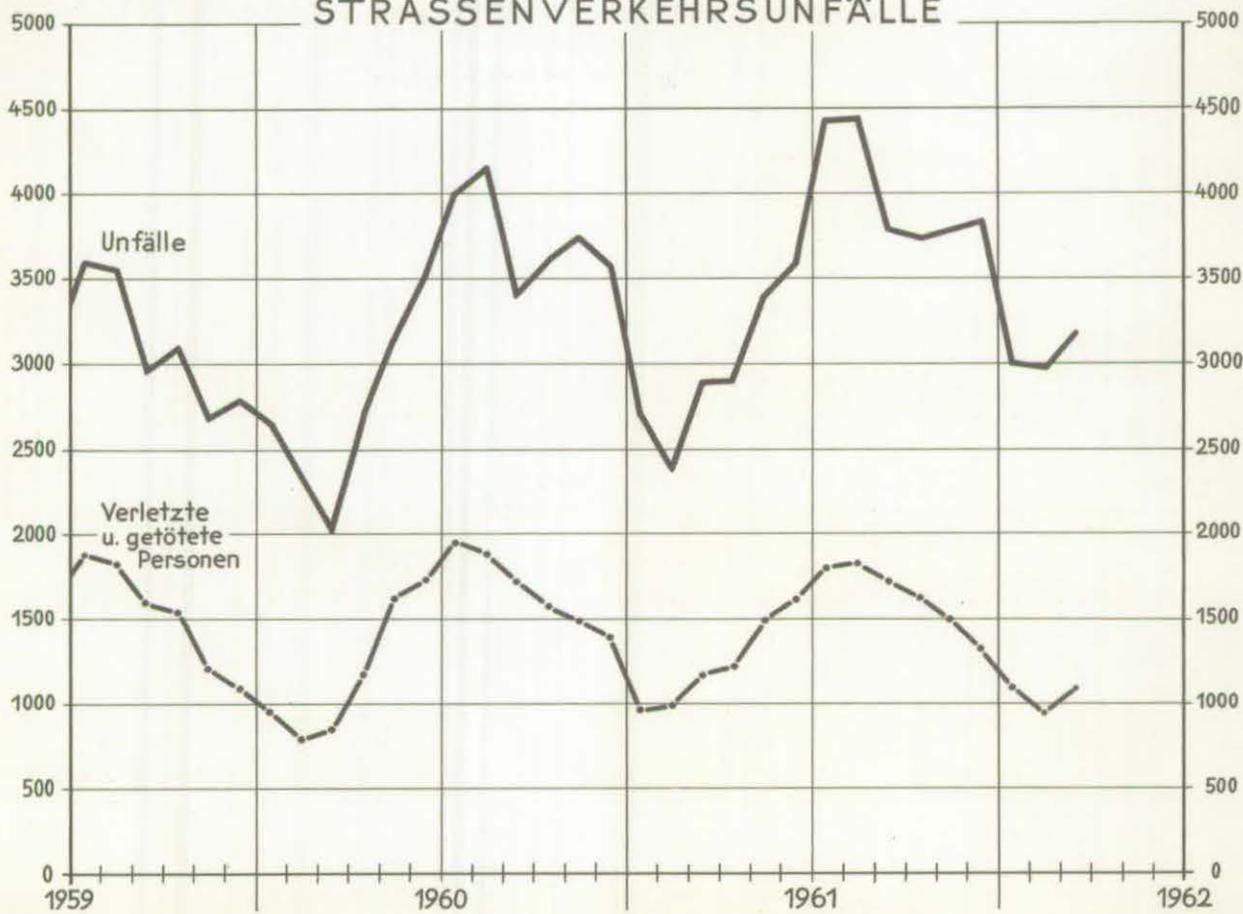
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

D-3035

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE



I N H A L T

5/62

Aktuelle Auslese	137
Aus dem Inhalt	138-139
 Aufsätze	
Ehescheidungen 1960.	140-141
Die Bauwirtschaft im Jahre 1961	142-145
Der Fremdenverkehr in Schleswig-Holstein im Sommerhalbjahr 1961	146-149
Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein im Jahre 1961	149-152
Das Steueraufkommen im Jahre 1961	152-154
 Kurzberichte	
Der Schweinebestand von Juni 1961 bis März 1962	154-155
Streiks und Aussperrungen . 1960 und 1961	155-156
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel.	157-162
Kreiszahlen	163
Schleswig-Holstein im Bund	164
Wirtschaftskurven A - allgemein -	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 12/1961

Bruttoinlandsprodukt 1950 bis 1960
Industrie Schleswig-Holsteins
Einzelhandelsumsätze 1960
Nord-Ostsee-Kanal 1957 bis 1960
Lohnsummensteuer 1958

Heft 1/1962

Bruttoinlandsprodukt Verarb. Gewerbe
Bevölkerung 1960
Handelsdünger 1960/61
Schlachttier- und Fleischbeschau
Industrieproduktion 1960
Baupreisstatistik

Ingenieurschulen 1960/61

Heft 2/1962

Allgemeinbildende Schulen 1961
Bundestagswahl 1961 - repräsentativ
Landw. Betriebe nach Hauptbetriebsart
Getreideernte und ihre Verwertung
Öffentliche Straßenverkehrsmittel
Umsätze 1960

Turnen und Sport
Jugendgruppen 1961
Obsternte 1961
Zwischenfruchtanbau 1961
Vermögensmillionäre

Heft 3/1962

Güterbewegungsstatistiken
Berlin- und Interzonenhandel 1960
Spareinlagen 1900 bis 1960
Löhne im Handwerk
Verbrauch in Haushalten

Heft 4/1962

Lehrerbedarf und Lehrernachwuchs
Landwirtschaftl. Betriebe über 100 ha
Gewerbesteuer-Meßbeträge 1958
Umsatzstruktur 1960
Preise in Gaststätten 1960

Gemüse 1961
Getreide 1961
Konsumgenossenschaften 1960
Voraussichtlicher Pkw-Bestand



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

14. Jahrgang · Heft 5

Mai 1962

Aktuelle Auslese

2,3 MILLIONEN EINWOHNER



Nach dem Ergebnis der Volks- und Berufszählung 1961 hatte Schleswig-Holstein am 6. 6. 1961 insgesamt 2 317 000 Einwohner (vorläufige Zahl). Davon waren 1 093 000 männlichen und 1 224 000 weiblichen Geschlechts, womit in Schleswig-Holstein 112 Frauen auf 100 Männer entfallen.

Gegenüber der Volkszählung von 1939 stieg die Bevölkerungszahl um 728 000 Personen, im Vergleich zur Volkszählung 1950 dagegen nahm sie um 263 000 Personen ab. Diese Abnahme ist in erster Linie auf die Umsiedlung der Vertriebenen in den Jahren 1950 - 1956 zurückzuführen. Aus diesem Grunde verringerte sich auch die Bevölkerungsdichte von 166 Einwohnern je qkm (1950) auf 148 im Jahre 1961.

ÜBER 1 MILLION ERWERBSTÄTIGE



Im Rahmen des Mikrozensus wurden im Oktober 1961 über 1 Mill. Erwerbstätige in unserem Lande ermittelt. Die Beschäftigtenzahl hat damit gegenüber Oktober 1960 geringfügig zugenommen. Die allgemeine Erwerbsquote hat sich durch diese Zunahme kaum verändert. Von 100 Einwohnern waren sowohl im Oktober 1960 wie auch 1961 jeweils 43 in irgendeiner

Weise im Erwerbsleben tätig. Von 100 Männern gingen 60, von 100 Frauen 29 einer Erwerbstätigkeit nach.



WENIGER ARBEITSSTÄTTEN

Nach ersten vorläufigen Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung am 6. Juni 1961 hat die Zahl der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten seit 1950 in Schleswig-Holstein um etwa 5% abgenommen. Sie ging von 103 600 auf rund 98 000 zurück.

Im Landkreis Pinneberg und in der kreisfreien Stadt Neumünster waren mehr Arbeitsstätten als 1950 vorhanden. Kaum verändert hat sich der Bestand in den Landkreisen Stormarn und Segeberg. Die stärksten Einbußen - etwa ein Sechstel des Bestandes von 1950 - ergaben sich für die Landkreise Flensburg und Rendsburg.

MEHR PACHTLAND



Die Inhaber land- und forstwirtschaftlicher Betriebe bewirtschafteten 1960 1,39 Mill. ha Betriebsfläche. 77% dieser Fläche waren Eigenland und 23% Pachtland. Das Pachtland hat gegenüber 1949 um 90 000 ha zu- und das selbstbewirtschaftete Eigenland um 106 000 ha abgenommen.

Aus dem Inhalt

Ehescheidungen 1960

Seite 140

Im Jahre 1960 wurden in Schleswig-Holstein 22 000 Ehen geschlossen. Mehr als 14 000 Ehen endeten, und zwar über 12 000 durch Tod eines Gatten und fast 2 000 auf Grund einer richterlichen Entscheidung nach dem Ehegesetz. - Die Zahl der 1960 geschiedenen Ehen lag um 2% höher als 1959. Auf 10 000 Einwohner kamen 1959 acht und 1960 neun Scheidungsurteile. - Wie auch in den Vorjahren ergingen nahezu neun Zehntel aller Scheidungsurteile wegen schuldhafter Zerrüttung der Ehe durch eine schwere Eheverfehlung oder ehrloses und unsittliches Verhalten eines Gatten. Auch 1960 wurden wieder rund zwei Drittel aller Scheidungsklagen von den Frauen erhoben. - Am stärksten beteiligt an den Scheidungen war sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen die Gruppe der 25- bis 30jährigen, die jeweils etwa ein Fünftel der Geschiedenen stellt. Über die Hälfte aller Eheleute war unter 35 Jahre alt, als sie sich scheiden ließen. - Von den geschiedenen Ehen war fast ein Drittel (32%) kinderlos geblieben, der Anteil der Ehen mit einem Kind lag etwas höher (36%).

Bauwirtschaft 1961

Seite 142

Bei der im Juli 1961 stattgefundenen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe wurden 2 443 Betriebe mit rund 63 600 Beschäftigten erfaßt. Damit hat sich die Zahl der Betriebe gegenüber 1960 um 2% und die Zahl der Beschäftigten um 0,5% verringert. - Die Anzahl der im Juli 1961 an 26 Arbeitstagen geleisteten Arbeitsstunden betrug 10,6 Mill., das sind um 0,5% weniger als 1960 bei der gleichen Zahl von Arbeitstagen. Die Anteile der in den einzelnen Bauarten geleisteten Arbeitsstunden an den Gesamtstunden haben sich gegenüber 1960 kaum verändert. Nach wie vor entfallen auf den Wohnungsbau die meisten (43%) Stunden. - Die im Juli 1961 gezahlte Lohnsumme betrug 36,7 Mill. DM, das sind um 16% mehr als im Juli 1960. Diese Zunahme geht in der Hauptsache auf neue Lohn erhöhungen zurück. - Der bei der Totalerhebung erfragte Umsatz für das Kalenderjahr 1960 hat mit 1,06 Mrd. DM erstmalig die Milliarden-grenze überschritten und damit einen neuen Höchstwert erreicht. Die Anteile der einzelnen Bauarten am Gesamtumsatz haben sich nur geringfügig geändert. - Von den insgesamt 2 443 Betrieben mit rund 63 600 Beschäftigten gehörten - wie auch 1960 - 93% mit 72% der Beschäftigten zum Bauhandwerk und 7% mit 28% der Beschäftigten zur Bauindustrie.

Fremdenverkehr Sommer 1961

Seite 146

Im Sommerhalbjahr 1961, das von April bis September reicht, wurden in den 165 bericht-erstattenden Gemeinden Schleswig-Holsteins 1,3 Mill. Gäste gezählt, darunter 0,2 Mill. Gäste aus dem Ausland. Trotz der kühlen Witterung im Sommer hat die Zahl der Gäste gegenüber 1960 um 7% zugenommen, die Zahl der Übernachtungen sogar um 9%. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer je Gast erhöhte sich von 7,3 Übernachtungen im Sommer 1960 auf 7,5 Übernachtungen in der gleichen Zeit 1961. - Die bevorzugten Ziele des Erholungs-verkehrs sind die Bäder der Nord- und Ostsee-küste. Sie nahmen etwa die Hälfte der in Schleswig-Holstein gemeldeten Gäste auf und hatten im Vergleich zu anderen Gemeindegruppen 1961 die stärkste Ausweitung des Fremdenver-kehrs. - Der Anteil der ausländischen Gäste in Schleswig-Holstein ist von 15% auf 13% zurück-gegangen, während ihr Anteil an den Übernach-tungen mit 4% konstant geblieben ist. Der größte Teil der ausländischen Gäste kam aus Dänemark und mit einigem Abstand aus Schwe-den und Norwegen. - Bei der Aufgliederung des Reiseverkehrs nach Monaten zeigt sich, daß die Monate Juli und August immer noch die Haupt-reisemonate sind. 1961 konzentrierten sich 52% der Gäste und 65% der Übernachtungen auf diese beiden Monate. - Der Fremdenverkehr ist heute nur noch zu bewältigen, weil auf die zahlreichen Privatquartiere zurückgegriffen werden kann. Nach den Meldungen der Berichts-gemeinden standen Anfang April 1961 in den 2 500 Betrieben des Gaststättengewerbes etwa 55 000 Betten zur Verfügung. Dazu kamen 60 000 Betten in Privatquartieren, deren Zahl sich jedoch zur Hauptsaison sicher noch erhöht hat. - 1961 standen für die Gäste in den Frem-denverkehrsgemeinden 48 Jugendherbergen mit rund 6 000 Betten und 120 gemeldete Zeltplätze bereit. Außerdem konnten Kinder in 156 Hei-men, die zum größten Teil an der Nordsee liegen, aufgenommen werden.

Kapitalgesellschaften 1961

Seite 149

Ende 1961 waren in den Handelsregistern der schleswig-holsteinischen Amtsgerichte 1 124 Gesellschaften mit einem Nominalkapital von insgesamt 564 Mill. DM eingetragen. Von diesen Kapitalgesellschaften waren 1 056 Ge-sellschaften m. b. H. und 68 Aktiengesell-schaften. Während der Bestand an Aktiengesell-schaften seit Ende 1960 fast konstant geblieben ist, hat die Zahl der Gesellschaften m. b. H. be-trächtlich zugenommen. - Bei den Gesell-schaften m. b. H. sind die kleinen und mittleren

Unternehmen am stärksten vertreten. Zu den Gesellschaften mit einem Stammkapital bis 200 000 DM gehörten Ende 1961 über acht Zehntel aller Gesellschaften m. b. H. Die meisten Gesellschaften m. b. H. gab es in der Wirtschaftsabteilung Handel, Verlags-, Geld- und Versicherungswesen. Wird jedoch der Kapitalstock als Maßstab genommen, so steht die Wirtschaftsabteilung Eisen-, und Metallerzeugung und -verarbeitung an erster Stelle. - Die 68 Aktiengesellschaften Schleswig-Holsteins hatten Ende 1961 ein Grundkapital von insgesamt 240 Mill. DM. Die größte Aktiengesellschaft des Landes ist die Schleswig-Holsteinische Stromversorgung mit einem Grundkapital von 50 Mill. DM.

steuern haben sich die einzelnen Gemeindesteuern entwickelt. Die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, die in den Vorjahren die größten Zuwachsraten hatte, weist 1961 eine Zuwachsrate von nur 4% auf.

Steueraufkommen 1961

Seite 152

Im Jahre 1961 sind in Schleswig-Holstein an Gemeinde-, Landes- und Bundessteuern rund 2,5 Mrd. DM aufgekommen. Gegenüber 1960 ergab sich damit eine Zuwachsrate von 12%. Vom Steueraufkommen erhielten der Bund 59,5%, das Land 26,9% und die Gemeinden und Gemeindeverbände 13,6%. - Das Landessteueraufkommen wird in seiner Höhe durch die Steuern vom Einkommen bestimmt, die auch wie 1960 eine große Mehreinnahme aufzuweisen hatten. So betrug die Zuwachsrate 1961 bei der Lohnsteuer 31%, bei der veranlagten Einkommensteuer 18% und bei der Körperschaftsteuer 15%. - Weniger günstig als die Landes-

Schweinebestand März 1962

Seite 154

Anfang März 1962 war der Schweinebestand in Schleswig-Holstein mit 1,6 Mill. Tieren um 17% größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Besonders groß waren die Jungschweinebestände. Der Bestand an trächtigen Jungsauen war Anfang März 1962 kaum größer als im März 1961.

Streiks

Seite 155

1960 hat das Landesarbeitsamt in Schleswig-Holstein überhaupt keinen Streik und keine Aussperrung registriert. Im Bundesgebiet gingen 1960 annähernd 38 000 Arbeitstage durch Streik verloren. Das ist auch für die Bundesrepublik der geringste durch Streik bedingte Arbeitsausfall seit 1950 gewesen. - 1961 wurde in Schleswig-Holstein lediglich ein Betrieb von 34 Arbeitnehmern bestreikt, was zu einem Ausfall von 429 Arbeitstagen führte. Im Bundesgebiet fielen 1961 rund 64 000 Arbeitstage durch Streik aus.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Mit "Kreisen" in Tabellenüberschriften sind die kreisfreien Städte und Landkreise gemeint.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet "a-b": a bis unter b. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, \bar{x} bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null
- 0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit
- ... = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt
- x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

Ehescheidungen 1960

Im Jahre 1960 wurden in unserem Land 22 000 Ehen geschlossen. Mehr als 14 000 Ehen endeten, und zwar über 12 000 durch Tod eines Gatten und fast 2 000 auf Grund einer richterlichen Entscheidung nach dem Ehegesetz.

Diese Zahlen für 1960 zeigen zunächst, daß mehr Ehen geschlossen als aufgelöst wurden - daß mithin die Zahl der bestehenden Ehen im Lande gestiegen ist (wobei allerdings die Veränderungen durch Zu- und Fortzüge von Ehepaaren nicht berücksichtigt sind). Nach den Ergebnissen des Mikrozensus gab es in Schleswig-Holstein 1959 annähernd 544 000 Ehen, 1960 aber bereits 558 000. Sodann erhellt aus den gegebenen Werten, daß die "gerichtlichen" Ehelösungen gegenüber den "natürlichen" Trennungen durch den Tod zahlenmäßig stark zurücktreten: durch Tod des Mannes oder der Frau endeten über sechsmal so viele Ehen wie durch Scheidung.

Gegenüber 1959 lag die absolute Zahl der 1960 geschiedenen Ehen um 2% höher. Gemessen an der Bevölkerungszahl hat sich aber die Scheidungshäufigkeit im ganzen stabil gehalten. Auf 10 000 Einwohner kamen 1959 acht und 1960 neun Scheidungsurteile. Die so errechnete Scheidungshäufigkeit berücksichtigt jedoch nicht die Veränderungen in der Familienstandsgliederung der Einwohnerschaft. Die genauere Verhältniszahl "Scheidungen je 1 000 Ehen" kann z. Zt. nur annäherungsweise berechnet werden, da die Zahl der stehenden Ehen bisher noch nicht fortgeschrieben wird. An Hand der Ergebnisse des Mikrozensus wurde festgestellt, daß in den letzten 4 Jahren in Schleswig-Holstein von jeweils 1 000 Ehen jährlich vier geschieden wurden.

Insgesamt wurden die schleswig-holsteinischen *Land* Amtsgerichte 1960 in 2 096 Fällen mit Ehesachen befaßt. 109 mal wurde die erhobene Klage vom Gericht abgewiesen. Die rechtskräftigen Urteile lauteten auf

Scheidung der Ehe in 1 964 Fällen
 Aufhebung der Ehe in 17 Fällen
 Nichtigkeit der Ehe in 6 Fällen

Die gerichtlichen Ehelösungen werden also nahezu vollständig durch die Scheidungen repräsentiert.

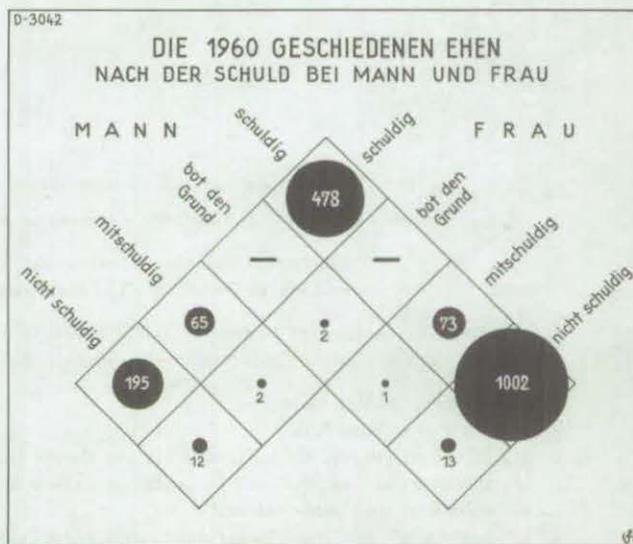
Grund der Ehescheidung

Auch 1960 wurden wieder rund zwei Drittel aller Scheidungsklagen von den Frauen erhoben. Anders gesehen: die Frauen klagten doppelt so oft wie die Männer. "Mit gutem Grund" könnte man sagen, denn die korrespondierenden Werte über die Schuldsprüche zeigen, daß in über der

Hälfte aller Fälle die Schuld oder der Grund bei dem Mann lag und die Frau nicht schuldig war. Gegenüber 1959 hat sich der Anteil der Frauen an den überhaupt schuldig gesprochenen Partnern (Allein- und Mitschuldige) geringfügig erhöht.

Nach den Bestimmungen des Ehegesetzes kann eine Scheidung erfolgen mit einem Schuldspruch gegen den Mann oder/und die Frau, wenn eine Eheverfehlung vorliegt. Wie auch in den Vorjahren ergingen nahezu neun Zehntel aller Scheidungsurteile wegen schuldhafter Zerrütung der Ehe durch eine schwere Eheverfehlung oder ehrloses und unsittliches Verhalten eines Gatten. Als Einzeltatbestand herausgehoben aus allen sonstigen Verfehlungen ist der Ehebruch eines Partners, der 1960 in 46 Fällen allein und in weiteren 12 Fällen in Verbindung mit anderen Verfehlungen des Schuldigen zur Scheidung führte. An dieser Stelle drängt sich ein Vergleich mit Zahlen aus der Strafverfolgungstatistik auf. Ehebruch ist nach § 172 StGB strafbar. 1960 wurden aber nur 3 Personen wegen Ehebruchs verurteilt. Auch in den früheren Jahren blieb die Zahl der Verurteilten nach § 172 StGB stets erheblich unter der Zahl der wegen Ehebruchs geschiedenen Ehen. Wenngleich es sich beim Ehebruch um ein Delikt handelt, dessen strafrechtliche Verfolgung nur auf Antrag einsetzt, ist es doch erstaunlich, in wie großem Maße offensichtlich von der strafrechtlichen Verfolgung des im Scheidungsverfahren für schuldig befundenen Partners abgesehen wird.

Der Anteil der Scheidungen wegen Ehebruchs an allen Scheidungsarten ist 1960 wieder geringfügig zurückgegangen. Der seit mehr als zehn Jahren - mit Ausnahme des Jahres 1959 - zu



beobachtende Rückgang dieser Urteile hat sich also weiter fortgesetzt.

Neben den Scheidungen wegen Verschuldens läßt das Ehegesetz auch die Scheidung aus besonderen Gründen zu. So wurden 1960 12 Ehen wegen geistiger Störung und 14 Ehen wegen schwerer Geisteskrankheit des Mannes oder der Frau geschieden. Wegen Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft wurden gemäß § 48 121 Ehen geschieden. Gegenüber 1959 hat die Zahl dieser Scheidungsurteile sowohl absolut (um 23) als auch relativ (von 5% auf 6% aller Scheidungen) zugenommen. Im Vergleich zu 1951 ist ein Rückgang des Anteils dieser Scheidungen um mehr als die Hälfte festzustellen.

Alter der Geschiedenen

540 Männer und Frauen waren bei der Scheidung höchstens 24 Jahre alt, das sind fast ein Siebentel aller Geschiedenen. Von den Frauen allein war fast ein Fünftel unter 25 Jahre. Dieser relativ hohe Anteil ist dadurch zu erklären, daß die Frauen kraft Gesetz früher ehemündig werden als die Männer; mithin ist die Zahl der verheirateten Frauen vor allem in den jüngeren Jahren erheblich höher als die der gleichaltrigen Männer.

Am stärksten beteiligt an den Scheidungen ist sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen die Gruppe der 25 - 30jährigen, die jeweils etwa ein Fünftel der Geschiedenen stellt. Über die Hälfte aller Eheleute war unter 35 Jahre alt, als sie sich scheiden ließen.

Die prozentuale Verteilung der Ehescheidungen auf die einzelnen Altersstufen hängt entscheidend von der Zahl der verheirateten Männer und Frauen in den verschiedenen Altersgruppen ab. Korrekte Aussagen über die Scheidungshäufigkeit sind daher nur möglich auf Grund von Verhältniszahlen für einzelne Altersgruppen. Anhand der Familienstandsgliederung der Bevölkerung (aus den Mikrozensusergebnissen) können derartige Häufigkeiten berechnet werden. Es zeigt sich, daß im Jahre 1960

von 10 000 verheirateten im Alter von	Männern	Frauen
unter 25 Jahren	86	85
25 bis 34 Jahren	81	66
35 bis 44 Jahren	49	43
45 bis 54 Jahren	31	21
55 bis 64 Jahren	13	9
65 und mehr Jahren	3	2

geschieden wurden. Die Scheidungsfrequenz hat ihre Spitze also in den jüngeren Jahren und geht mit steigendem Alter zurück.

Ehedauer und Kinderzahl

625 Ehepaare hatten keine Kinder, 709 nur ein Kind. Damit war fast ein Drittel der geschiedenen Ehen kinderlos geblieben (32%), der Anteil der Ehen mit einem Kind lag etwas höher (36%). Daß mithin mehr als zwei Drittel der geschiedenen Paare ohne Kinder lebte oder nur ein einziges Kind hatte, hat seinen Grund darin, daß ein sehr großer Prozentsatz von Ehen erst relativ kurze Zeit bestand. Mehr als die Hälfte der kinderlos Geschiedenen war erst 5 bis 6 Jahre verheiratet. Die gleiche Ehedauer ergab sich auch für mehr als die Hälfte der Ehepaare mit einem Kind.

Von der Scheidung ihrer Eltern wurden mehr als 2 000 minderjährige Kinder betroffen. Aus der Ehedauer der Eltern läßt sich eine grobe Altersgliederung dieser Kinder schätzen. Von rund 800 Kindern waren die Väter und Mütter erst 6 bis 7 Jahre lang miteinander verheiratet gewesen. Diese Kinder waren zur Zeit der Scheidung ihrer Eltern mithin noch im vorschulpflichtigen Alter. Die Eltern von mehr als 730 weiteren Kindern waren etwa 8 bis 16 Jahre verheiratet. Diese Kinder besuchten also noch die Schulen, als die Ehe ihrer Eltern getrennt wurde. Daraus ergibt sich, daß je über ein Drittel der Kinder, die durch die Scheidung der Eltern den Vater oder die Mutter verloren, noch nicht eingeschult war oder noch die Schule besuchte.

Ehedauer

Daß das siebente Ehejahr sich in der Statistik nicht als besonders scheidungsanfällig erweist, ist bereits in einem früheren Beitrag gezeigt worden¹. Mehr als zwei Fünftel der 1960 geschiedenen Männer und Frauen hatten das "gefährvolle" Jahr noch nicht erreicht. 32 Ehepaare ließen sich bereits wieder scheiden, bevor sie überhaupt die erste Wiederkehr ihres Hochzeitstages erleben konnten! 1959 gingen 19 Ehen innerhalb der ersten zwölf Monate nach der Heirat auseinander. Mehr als ein Viertel der Scheidungsurteile erging bei Ehen, die noch nicht vier Jahre bestanden. Mit zunehmender Ehedauer nimmt allem Anschein nach die Scheidungswilligkeit ab. Es sollte aber nicht übersehen werden, daß 1960 rund 8 Prozent der geschiedenen Ehepaare im 25. Ehejahr zusammen gelebt bzw. schon ihre Silberhochzeit gefeiert hatten, als der Richter sie auf Antrag trennte.

Dipl.-Volksw. Klaus Kamp

1) vgl. Stat. Monatsh. Schl.-Holst. 1961, S. 32 (Februar)

Die Bauwirtschaft im Jahre 1961

Ergebnisse der Totalerhebung vom 31. 7. 1961

Überblick

Die Zahl der Betriebe war, wie schon seit längerer Zeit, auch 1961 wieder niedriger als im Vorjahre. Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten (61 336) und der baugewerbliche Umsatz (1,2 Mrd. DM) erreichten jedoch einen neuen Höchstwert.

Bei der Totalerhebung am 31. 7. 1961 wurden 2 443 Betriebe mit 63 588 Beschäftigten gezählt. Dabei hat sich die Zahl der Betriebe gegenüber 1960 um 42 (- 2%), die Zahl der Beschäftigten um 347 (- 0,5%) verringert. Der Rückgang der Betriebszahl ist diesmal, wenn auch in der Hauptsache (53), so doch nicht ausschließlich auf die kleinen Betriebe mit 1-9 Beschäftigten zurückzuführen, sondern auch in der Größenklasse "50-499 Beschäftigte" eingetreten. Die Zahl der Betriebe hat bei den 1-Mann-Betrieben um 6 zu- und bei der Größenklasse 50-499 um 11 abgenommen. Womit diese Abnahme, die der Entwicklung der letzten Jahre entgegenläuft, zusammenhängt, konnte bisher nicht geklärt werden. Vermutlich trägt aber die Auflösung einer größeren Anzahl von Arbeitsgemeinschaften mit dazu bei.

Die folgende Aufstellung gibt ein deutliches Bild davon, wie verschieden sich die Betriebszahlen in den einzelnen Größenklassen 1961 und im Vorjahr verändert haben:

Betriebe mit ... Beschäftigten	Veränderungen zum	
	31. Juli 1960	31. Juli 1961
1	- 48	+ 6
2 - 4	- 25	- 44
5 - 9	- 6	- 15
10 - 19	+ 15	+ 4
20 - 49	- 1	+ 17
50 - 99	+ 12	- 5
100 - 199	+ 4	- 3
200 - 499	+ 2	- 3
500 - 999	-	+ 1

Die Zahl der mittleren Betriebe (10-199 Beschäftigte) betrug Mitte des Jahres 1 260 (13 mehr als 1960). Die Zahl der Großbetriebe (200 und mehr Beschäftigte) hat um 2 auf 30 abgenommen. Je Betrieb waren im Durchschnitt - ebenso wie schon im Vorjahr - 26 Personen beschäftigt.

Die gute Beschäftigungslage in den letzten Monaten des Jahres 1960 sowie die am 1. 11. 1960 in Kraft getretene Schlechtwettergeldregelung und die Maßnahmen zur Förderung des Winterbaues brachten es mit sich, daß am Ende der Bausaison 1960 weniger Arbeitskräfte entlassen wurden als in den vorhergehenden Jahren. Wenn dann auch in der zweiten Hälfte des Januar 1961 infolge starken Frosteinbruches alle Außenarbeiten zum Erliegen kamen, so konnten doch

Tab. 1 Betriebe und Beschäftigte der Bauwirtschaft nach Größenklassen

Betriebe mit ... Beschäftigten	Betriebe			Beschäftigte		
	am 31. Juli		Veränderung	am 31. Juli		Veränderung
	1960	1961		1960	1961	
1	281	287	+ 6	281	287	+ 6
2 - 4	442	398	- 44	1 286	1 159	- 127
5 - 9	483	468	- 15	3 307	3 183	- 124
10 - 19	482	486	+ 4	6 573	6 549	- 24
20 - 49	434	451	+ 17	13 639	13 969	+ 330
50 - 99	229	224	- 5	15 804	15 805	+ 1
100 - 199	102	99	- 3	13 510	13 546	+ 36
200 - 499	30	27	- 3	8 386	7 429	- 957
500 - 999	2	3	+ 1	1 149	1 661	+ 512
Insgesamt	2 485	2 443	- 42	63 935	63 588	- 347

bereits im Februar wegen der günstigen Witterung die Bauarbeiten wieder aufgenommen werden, und zwar mit großer Intensität, da nicht nur die benötigten Arbeitskräfte vorhanden waren (58 400, das sind 10% mehr als im Vorjahr), sondern auch der Bauvorrat an Wohnungen (29 517) um 10% über dem des Vorjahres lag.

Eine Gliederung der Beschäftigten nach ihrer Stellung im Betrieb zeigt, daß sich diesmal die Anteile einzelner Gruppen etwas geändert haben. So ist der Anteil der Facharbeiter von 42 auf 44%, der der Hilfsarbeiter von 20 auf 22% gestiegen, während der Anteil der angelernten Arbeiter (Helfer) von 15 auf 12% abfiel. Die Zahl der gewerblichen Lehrlinge (einschl. Umschüler, Anlernlinge und Praktikanten) ist - wie schon in den Jahren vorher - auch im Jahre 1961 zurückgegangen (- 471 = - 9%; seit 1956 um - 26%). Verursacht wurde diese Entwicklung sowohl durch die schwache Besetzung der z. Z. in das Berufsleben eintretenden Jahrgänge, als auch dadurch, daß sich die Jugend mehr für andere Handwerke (Elektroinstallation, Rundfunkmechanik, Kraftfahrzeughandwerk und dgl.) oder für Büroarbeiten interessiert.

Die Anzahl der im Juli 1961 an 26 Arbeitstagen geleisteten Arbeitsstunden betrug 10,6 Mill., das sind um 0,5% weniger als im Vorjahre bei der gleichen Zahl von Arbeitstagen. Im Wohnungsbau und im landwirtschaftlichen Bau haben die Leistungen um je 2% (im Vorjahre um 11 bzw. um 2%) abgenommen. Der öffentliche Hochbau (+ 8%) konnte die hohe Zuwachsrate des Vorjahres (+ 19%) ebenso wenig wieder erreichen wie der gewerbliche und industrielle Bau (+ 1%, im Vorjahre + 15%).

Die Anteile der in den einzelnen Bauarten geleisteten Arbeitsstunden an den Gesamtstunden haben sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Nach wie vor entfallen auf den

Wohnungsbau die meisten (43%) Stunden, während der öffentliche und Verkehrsbau - diesmal mit 39%, statt 38% im Vorjahr - an 2. Stelle steht; darunter betrug der Anteil des Straßenbaues 13% (im Vorjahr 12%), der des sonstigen Tiefbaues 18% (im Vorjahr 19%). - Da die vorstehenden Ergebnisse sich nur auf den Monat Juli beziehen, geben sie kein zuverlässiges Bild von der Situation gerade auf dem Gebiet des Straßenbaues. Während nämlich im Monat Juli die Zunahme gegenüber dem Vorjahr nur 5% betrug, erreichte sie für Januar bis November 19%. Dies hängt damit zusammen, daß im vergangenen Jahre das Bauvolumen im Straßenbau um über 50% erhöht wurde. Eine größere Zahl von Landstraßen I. Ordnung ist in Bundesstraßen, und Landstraßen II. Ordnung in Landstraßen I. Ordnung umgewandelt worden. Für den Kanaltunnel Rendsburg waren mehrere Anschlußstraßen zu erstellen und im Zuge der "Vogelfluglinie" verschiedene Baumaßnahmen (einschl. der Brückenbauten wie z. B. die Fehmarnsundbrücke) durchzuführen. Ebenso wurde der Ausbau eines Autobahnteils und der Bundesstraßen 74 auf 4 Spuren in Angriff genommen. Da die erwähnten Aufträge sich aus verschiedenen Gründen nicht immer unterbrechungslos aneinanderreihen ließen, ergab sich zufällig im Juli eine Lücke.

Die im Juli 1961 gezahlte Lohnsumme betrug 36,7 Mill. DM, das sind um 16% mehr als im Juli 1960. Diese Zunahme geht in der Hauptsache auf neue Lohnerhöhungen zurück, da sich ja die Beschäftigtenzahl und die Zahl der Arbeitsstunden gegenüber dem Vorjahre kaum verändert haben. Auch die Gehälter sind von 1,8 auf 2,2 Mill. DM - das ist sogar um 23% - gestiegen. Das durchschnittliche Gehalt der Angestellten betrug 731 DM gegenüber 640 DM im Juli 1960.

Der bei der Totalerhebung erfragte Umsatz für das ganze Kalenderjahr 1960 hat mit 1,060 Mrd. DM (+11%) erstmalig die Milliardengrenze überschritten und damit einen neuen Höchstwert erreicht. Nach vorläufigen Berechnungen wird der Umsatz für das Jahr 1961 rund 1,2 Mrd. betragen, was einer Zunahme um fast 15% entspricht. Der im Juli 1961 erzielte Umsatz war mit 117,8 Mill. DM um 15% höher als im Juli des Vorjahres. Angesichts der geringeren Zahl der geleisteten Arbeitsstunden und Beschäftigten ist diese starke Zunahme des Umsatzes nicht nur ein Zeichen für die durch viele neue Baugeräte erhöhte Leistung, sondern auch für die erhöhten Baukosten.

Die Anteile der einzelnen Bauarten am Gesamtumsatz haben sich im Juli gegenüber dem Vorjahre nur geringfügig verändert: der Anteil des Wohnungsbaues ist von 43% auf 41% im Jahre 1961 gefallen, während der des land-

Tab. 2 Der Umsatz im Baugewerbe nach Bauarten

Bauart	Baugewerblicher Umsatz				
	im Juli 1960		im Juli 1961		Veränderung in %
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	
Wohnungsbau	43 233	42	48 282	41	+ 12
Landwirtschaftlicher Bau	6 698	7	8 393	7	+ 25
Gewerbl. und industrieller Bau	10 940	11	13 635	12	+ 25
Öffentlicher und Verkehrsbau	41 371	40	47 487	40	+ 15
Insgesamt	102 242	100	117 797	100	+ 15

wirtschaftlichen Baues im gleichen Zeitraum von 6 auf 7%, und der des industriellen Baues von 11 auf 12% stieg. Der Anteil des öffentlichen Verkehrsbaues am Umsatz betrug unverändert 40%. Am größten war die Zunahme des Umsatzes in den einzelnen Bauarten beim gewerblichen und industriellen sowie beim landwirtschaftlichen Bau (je + 25%), am geringsten (+ 12%) beim Wohnungsbau.

Bei der Gliederung der Beschäftigten nach Gewerbezweigen steht der Hoch- und Ingenieurbau (33 067 Beschäftigte) nach wie vor an erster Stelle. Auch hat sein Anteil an allen Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr weiter auf 52% zugenommen, ebenso wie der Anteil der Beschäftigten im Hoch-, Tief- und Ingenieurbau, der um 2 Punkte (auf 14%) stieg. Der Anteil des Straßenbaues hingegen betrug wie im Vorjahr 11%, der des Tief- und Ingenieurbaus (ohne Straßenbau) ging auf 15% zurück. Diese verhältnismäßig geringen Schwankungen der Anteile von Jahr zu Jahr sind wahrscheinlich zu einem Teil methodisch bedingt, weil die Berichtsfirmen sich je nach Auftrag wechselnd dem Hoch-, Tief- und Ingenieurbau zuordnen. - Gemessen am Umsatz blieb der Hoch- und Ingenieurbau mit 47% Anteil an erster Stelle. Die Veränderung der Anteilsprozente der einzelnen Bauarten gegenüber dem Vorjahr war allgemein unbedeutend.

Die immer stärker werdende Mechanisierung der Bauwirtschaft ist, wie schon im Vorjahr erwähnt, nicht nur eine Folge des Mangels an Arbeitskräften (die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich nicht wesentlich verändert) und der dauernd steigenden Löhne; sie wird schon dadurch vorangetrieben, daß der scharfen Konkurrenz nur bei Anwendung kostensparender Baumethoden begegnet werden kann. Daher ist der Gerätebestand weiter erheblich angewachsen, und zwar auch bei den Kleinbetrieben mit 1-9 Beschäftigten, was darauf hindeutet, daß heute selbst in kleinem Maßstabe ein Wettbewerb ohne Baumaschinen ziemlich aussichtslos ist. Besonders stark wuchs die Zahl der Betonmischmaschinen (+ 401 = + 10%), Bagger (+ 164 = + 25%), Turmdrehkrane (+ 31 = + 33%), darunter über 16 m/t (+ 28 = + 68%), Stahlrohrge-

rüste (+ 399 = + 62%), LKW über 5 t (+ 197 = + 83%), Mischanlagen für Schwarzdecken (+ 15 = + 63%), Verdichtungsmaschinen (+ 213 = + 42%). Was einige Großgeräte wie z. B. Mischanlagen für Betonstraßen- und Schwarzdecken, Schürfwagen u. dgl. anbelangt, so besagt die Vermehrung oder Verminderung der Bestandszahlen nichts, da diese Großgeräte von einer Baustelle zur anderen und auch oft über die Landesgrenzen hinaus versetzt werden. Bei alledem ist aber zu beachten, daß die gemeldeten Bestandszahlen nicht die Veränderung der Kapazität der Baugeräte erkennen lassen. Wenn ein veraltetes kleines Baugerät durch ein viel leistungsfähigeres, größeres ersetzt wurde, so ist dies aus den Zahlen nicht zu ersehen. Die effektive Mehrleistung wird also größer sein, als dem angegebenen Zuwachs der Bestände entspricht.

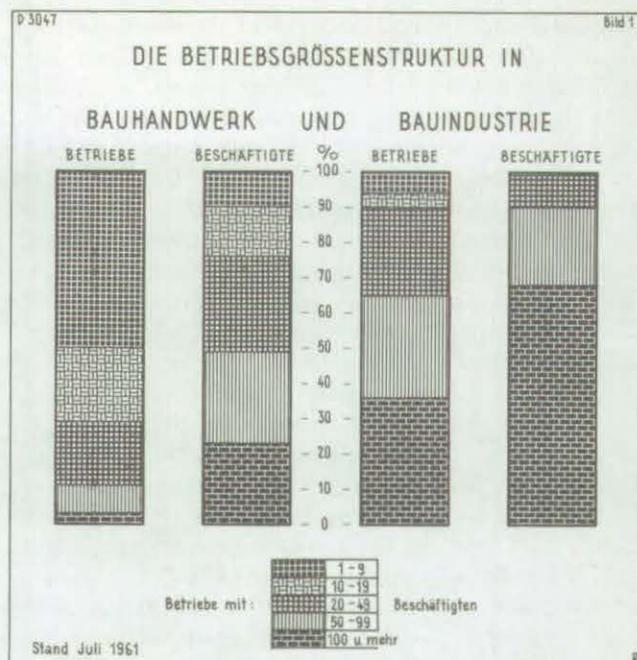
Bauhandwerk und Bauindustrie

Von insgesamt 2 443 Betrieben mit 63 588 Beschäftigten gehörten wie im Vorjahr 93% mit 72% der Beschäftigten zum Bauhandwerk und 7% mit 28% der Beschäftigten zur Bauindustrie. Letztere hatte 1 Betrieb und 346 Beschäftigte weniger als im Vorjahr, während beim Handwerk die Zahl der Betriebe und Beschäftigten fast gleich blieb.

Das Verhältnis Handwerk/Industrie - gemessen an der Beschäftigtenzahl - ist gegenüber dem Vorjahr fast unverändert geblieben. Von 1 153 Betrieben mit 1 - 9 Beschäftigten zählten sich 1 143, also über 99%, zum Handwerk und nur 10 zur Industrie. Auch in den darauffolgenden Größenklassen überwiegt noch das Handwerk. Eine Ausnahme bildet nur die Größenklasse "500 und mehr Beschäftigte", in der 1 Betrieb zum Handwerk und 2 zur Industrie gehörten. - Im einzelnen zeigt die Abbildung 1, welche Anteile der Betriebe und Beschäftigten innerhalb des Bauhandwerks und der Bauindustrie auf die einzelnen Größenklassen entfallen. Beim Handwerk haben wiederum die Größenklasse "20 - 49 Beschäftigte", bei der Industrie die Größenklasse "100 - 499" die meisten Beschäftigten. Gemessen an der Beschäftigtenzahl lag der Schwerpunkt bis zur Größenklasse "50 - 99" beim Handwerk, von "100 - 499" ab bei der Industrie.

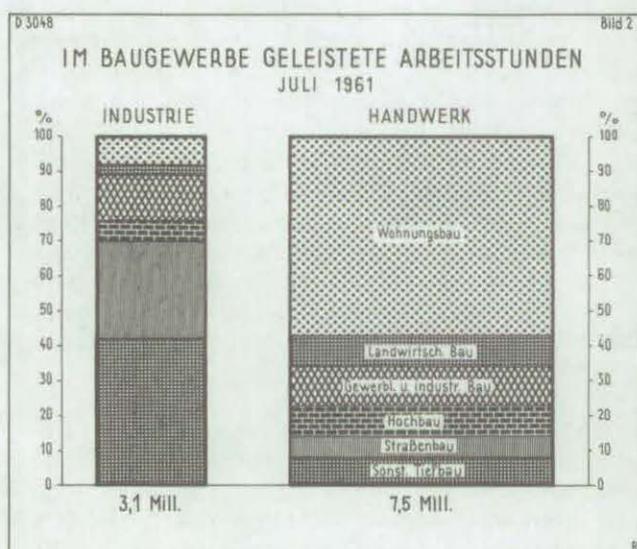
Die durchschnittliche Betriebsgröße (Anzahl der Beschäftigten je Betriebe) betrug im Bauhandwerk abermals 20, in der Bauindustrie ist sie jedoch auf 99 unbedeutend zurückgegangen.

Einschneidende Strukturveränderungen hinsichtlich der verschiedenen Beschäftigtengruppen sind weder beim Handwerk noch bei der Industrie eingetreten; die Zahl der Facharbeiter, Helfer und Hilfsarbeiter hat gegenüber



dem Vorjahr bei der Industrie um 2% ab- und beim Handwerk um 1% zugenommen. Die Gruppe der gewerblichen Lehrlinge blieb bei der Industrie fast unverändert (405), fiel beim Handwerk jedoch abermals, und zwar um 10% auf 4 174. Der Umstand, daß schon in den beiden vorhergegangenen Jahren die Lehrlingszahlen um 7 bzw. 8% abgenommen haben, zeigt, daß die Nachwuchssorgen im Bauhauptgewerbe berechtigt sind.

Im Bauhandwerk wurden im Juli 1961 insgesamt 7,5 Mill. (wie im letzten Jahr) Arbeitsstunden geleistet. Wie in den Jahren davor lag der Schwerpunkt des Bauhandwerks auch diesmal wieder im Wohnungsbau, wenn auch sowohl die absolute Zahl (4,3 Mill.) als auch der Anteil an den Gesamtstunden des Handwerks etwas zurückgegangen ist (57%). Demgegenüber nahmen die auf den öffentlichen und Verkehrsbau entfallenden Stunden um 1% auf 1,7 Mill. zu und



ihr Anteil an allen Stunden des Handwerks stieg von 22% auf 23%. - Die von der Bauindustrie in dieser Bauart geleistete Stundenzahl (2,4 Mill.) war nur unbedeutend größer als im Vorjahr. Im Wohnungsbau und im gewerblichen und industriellen Bau leistete die Bauindustrie etwas weniger Arbeitsstunden als im Vorjahr. Lediglich der landwirtschaftliche Bau nahm zu.

Von den insgesamt 36,7 Mill. DM, die im Juli 1961 an Löhnen gezahlt wurden, entfielen 25,4 Mill. DM (= 69%) auf das Handwerk, der Rest auf die Bauindustrie, d.h. daß die Lohnsumme beim Handwerk um 15% und bei der Industrie um 16% höher war als im Vorjahr. Von den Gehältern (2,2 Mill. DM) entfielen je 50% auf Industrie und Handwerk. - Die durchschnittliche Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten betrug im Bauhandwerk: 577 DM (1960: 494 DM), in der Bauindustrie: 703 DM (1960: 600 DM).

Die Veränderungen der Umsätze gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum waren auch diesmal in den verschiedenen Zeitabschnitten, für die der Umsatz erfragt worden ist, nicht unbedeutend. So hat der Bauindustrie-Jahresumsatz 1960 um 9% (im Vorjahr um 10%) zugenommen, der handwerkliche Umsatz ist um 13% (im Vorjahr um 27%) gestiegen.

Das Bauhandwerk hat seinen Gerätepark seit der letzten Totalerhebung stärker vergrößert als die Industrie. Allerdings muß auch an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß die Bestandszahlen nichts über die Kapazität der Geräte aussagen. Während beim Handwerk nur der Bestand bei 3 ausgewählten Gerätearten sank, wiesen bei der Industrie von 22 ausgewählten Gerätearten 5 Abgänge aus. Beim Handwerk sind 1 243, bei der Industrie aber nur 423 Geräte (nach Abzug der abgeschafften) neu hinzugekommen.

Besonders erwähnenswert ist das Anwachsen folgender Gerätebestände bei der Industrie: Straßenwalzen (+ 11%), Planierdrauen (+ 13%), Rammen (+ 11%), Bagger (+ 18%), Verdichtungsmaschinen (+ 32%), Straßenbaumaschinen für Schwarzdecken (+ 9%), Zugmaschinen und Traktoren (+ 8%), Turmdrehkrane (+ 51%); beim Handwerk: Bauaufzüge (+ 10%), Betonmischer (+ 11%), Lastkraftwagen (+ 17%), Förderbänder (+ 13%), Stahlrohrgerüste (+ 118%), Bodenstabilisierungsmaschinen (+ 29%). Aber auch

Tab. 3 Ausgewählte Baugeräte

Geräteart	Verfügbare Geräte am 31. 7. 1961		Veränderung gegenüber 31. 7. 1960 in %	
	Industrie	Handwerk	Industrie	Handwerk
Betonmischer	669	3 675	+ 8	+ 11
Turmdrehkrane	53	73	+ 51	+ 22
Bauaufzüge	238	1 658	+ 13	+ 10
Förderbänder	265	782	- 5	+ 13
Stahlrohrgerüste (in t)	337	708	+ 5	+ 118
Kompressoren	173	206	- 2	+ 20
Bagger	447	364	+ 18	+ 35
Last-(Nutz)kraftwagen	476	1 763	+ 19	+ 17
Zugmaschinen, Traktoren	54	63	+ 8	- 16
Planierdrauen	243	181	+ 13	+ 25
Lader und Schütter	102	58	+ 19	- 3
Straßenbaumaschinen insges. dar. für Schwarzdecken und zwar	279	292	+ 8	+ 18
Fertiger	82	46	+ 12	+ 28
Mischanlagen	23	16	+ 64	+ 60
Bitumen-, Teer-, Gußasphaltkocher	67	156	- 8	+ 3
Motorspritzmaschinen	93	67	+ 12	+ 43
Straßenwalzen	208	148	+ 11	+ 29
Verdichtungsmaschinen (ohne Straßenwalzen)	383	342	+ 32	+ 55
Rammen (ohne Handrammen)	208	161	+ 11	+ 13

der Bestand an Baugeräten für den Straßenbau hat beim Handwerk bemerkenswert zugenommen, so z. B. Straßenbaumaschinen für Schwarzdecken (+ 17%), Verdichtungsmaschinen (+ 55%), Straßenwalzen (+ 29%) usw. Aus den letztgenannten Zahlen scheint hervorzugehen, daß das Handwerk in zunehmendem Umfange Straßenbauarbeiten ausführt, ein Gebiet, das früher größtenteils die Domäne der Bauindustrie war.

Begriffe und Methoden

Bei der im Juli eines jeden Jahres stattfindenden Totalerhebung im Bauhauptgewerbe werden folgende Gewerbezweige erfasst: Hoch- und Ingenieurbau, Tief- und Ingenieurbau, Strassenbau, Hoch-, Tief- und Ingenieurbau, Zimmerei und Ingenieurholzbau, Dachdeckerei, Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau; ferner Isolierbau, Abbruch, Betriebe des Verputzer-, Stukkateur- und Gipsergewerbes, Die Betriebe der Bauinstallation, des Ausbau- und Bauhilfsgewerbes sowie Architektur-, Bauingenieur- und Vermessungsbüros bleiben unberücksichtigt. Insgesamt wurden 2 646 (1960 : 2 638) Betriebe zur Berichterstattung aufgefordert, von denen seit der letzten Totalerhebung 203 erloschen waren, ruhten usw.

Dipl.-Ing. Erich Hirschbrich

Vergleiche auch: "Die Bauwirtschaft im Jahre 1960" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 90 (April) und "Das Bauhauptgewerbe im Jahr 1961" in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 107 (Februar)

Der Fremdenverkehr in Schleswig-Holstein im Sommerhalbjahr 1961

Schleswig-Holstein ist - begünstigt durch seine Lage zwischen Nord- und Ostsee und durch die reizvolle holsteinische Schweiz - zu einem beliebten Reiseziel geworden. Im Sommerhalbjahr 1961, das von April bis September reicht, wurden in den 165 berichterstattenden Gemeinden 1,3 Mill. Gäste gezählt, darunter 0,2 Mill. Gäste aus dem Ausland.

Auch ungünstiges Wetter in den Hauptferienmonaten scheint nur geringen Einfluß sowohl auf die Besucherzahlen als auch auf die Urlaubslänge zu haben, da Reisepläne im allgemeinen frühzeitig gefaßt werden und nur selten kurzfristig geändert werden können. So ist auch 1961 trotz der kühlen Witterung im Sommer die Zahl der Gäste gegenüber 1960 um 7% gestiegen, die Zahl der Übernachtungen sogar um 9%. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer je Gast erhöhte sich von 7,3 Übernachtungen im Sommerhalbjahr 1960 auf 7,5 Übernachtungen in der gleichen Zeit 1961. Eine Zunahme der Urlaubsdauer läßt sich bereits seit einigen Jahren beobachten und scheint sich weiterhin fortzusetzen. Auch bei den Gästen aus dem Ausland ist diese Entwicklung zu beobachten, wengleich ihr Aufenthalt in schleswig-holsteinischen Orten im allgemeinen sehr viel kürzer ist als bei den deutschen Reisenden. 1961 kamen etwa 2,1 Übernachtungen auf jeden ausländischen Gast. Im Gegensatz zu der allgemeinen Tendenz des Reiseverkehrs ging jedoch im Sommerhalbjahr 1961 die Zahl der ausländischen Gäste zurück und zwar um 6%, die Zahl ihrer Übernachtungen um 3%. 1960 hatte sich dagegen gerade der

Reiseverkehr aus dem Ausland überdurchschnittlich belebt.

Die bevorzugten Ziele des Erholungsverkehrs sind die Bäder der Nord- und Ostseeküste. Sie nahmen etwa die Hälfte der in Schleswig-Holstein gemeldeten Gäste auf und hatten im Vergleich zu anderen Gemeindegruppen 1961 die stärkste Ausweitung des Fremdenverkehrs. Die Gäste kommen vorwiegend für einen längeren Urlaub, so daß auf die Seebäder vier Fünftel der Übernachtungen entfielen. Da statistisch der Erholungsverkehr nicht vom Berufsverkehr zu trennen ist, können nur die Angaben über die durchschnittliche Aufenthaltsdauer für das Überwiegen der einen oder anderen Reiseart Hinweise geben.

	Übernachtungen je Gast
Großstädte	1,9
Heilbäder	10,8
Luftkurorte	5,6
Nordseebäder	13,9
Ostseebäder	10,7
Sonstige Berichtsgemeinden	1,6
Insgesamt	7,5

Danach konzentriert sich der Erholungsverkehr besonders stark auf die Bäder der Nordsee. An der Ostsee liegt die Aufenthaltsdauer niedriger und zwar auch noch geringfügig unter der in den Heilbädern errechneten. Bad Schwartau, Bad Bramstedt und Malente nehmen zwar nur 3% der Gäste auf, von denen viele jedoch Sanatorien und andere Heilstätten aufsuchten und dementsprechend lange blieben. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Besuch der Heilbäder nur geringfügig erhöht.

In den Luftkur- und Erholungsorten ist der Anteil des Berufsverkehrs wahrscheinlich höher als in den Bädern, außerdem scheint auch die Urlaubsdauer der Feriengäste im allgemeinen niedriger zu sein als bei den Besuchern der Bäder. So dürfte sich die ermittelte Aufenthaltsdauer von nur 5,6 Tagen je Gast in dieser Gemeindegruppe erklären. Auch die Zunahme der Gäste um 1% und der Übernachtungen um 2% bleibt im Vergleich zu den anderen Gruppen zurück. Dagegen konnten die beiden Großstädte Kiel und Lübeck 5% mehr Gäste beherbergen. Auf jeden Gast kamen etwa 1,9 Übernachtungen. In den "Sonstigen Berichtsgemeinden" stieg die Zahl der Gäste um 4% an; sie blieben etwas länger als im Vorjahr, so daß die Zahl der Übernachtungen um 11% zunahm und je Gast 1,6 Übernachtungen ermittelt wurden.

Der Anteil der ausländischen Gäste ist von 15 auf 13% zurückgegangen, während der Anteil an den Übernachtungen mit 4% konstant geblieben ist, da auch ausländische Gäste etwas länger

Tab. 1 Der Fremdenverkehr in den Sommerhalbjahren 1960 und 1961 nach Gemeindegruppen

	Insgesamt			darunter Auslandsgäste		
	1960	1961	Veränd. in %	1960	1961	Veränd. in %
	in 1 000			in 1 000		
Gemeldete Gäste						
Großstädte	132	138	+ 5	39	40	+ 2
Heilbäder	37	39	+ 3	6	5	- 14
Luftkur- u. Erholungsorte	131	133	+ 1	10	7	- 28
Nordseebäder ¹	230	257	+ 11	5	5	- 1
Ostseebäder ²	333	364	+ 9	36	34	- 4
Sonstige Berichtsgemeinden	313	326	+ 4	76	70	- 8
insgesamt	1 177	1 257	+ 7	171	161	- 6
Übernachtungen						
Großstädte	253	257	+ 2	62	62	+ 1
Heilbäder	396	417	+ 5	11	10	- 4
Luftkur- und Erholungsorte	726	742	+ 2	20	15	- 24
Nordseebäder ¹	3 225	3 571	+ 11	37	34	- 8
Ostseebäder ²	3 515	3 895	+ 11	119	121	+ 1
Sonstige Berichtsgemeinden	463	512	+ 11	96	90	- 6
insgesamt	8 577	9 394	+ 9	345	333	- 3

1) 1960 ohne die Gemeinde Archsum

2) 1960 ohne die Gemeinde Brodersby

geblieben sind. Besonders stark war der Rückgang dieser Besuchergruppe in den Luftkurorten und den Heilbädern, die allerdings nur von wenigen ausländischen Gästen besucht werden. Die Ausländer bevorzugen für einen Ferienaufenthalt die Ostseeküste und für kurze Zwischenaufenthalte Orte an den Durchgangsstraßen. Aber auch hier nahm 1961 die Zahl der ausländischen Gäste ab und nur die Großstädte wurden vom internationalen Reiseverkehr stärker als im Vorjahr aufgesucht.

Der größte Teil der ausländischen Gäste kommt aus Dänemark und mit einigem Abstand aus Schweden und Norwegen. Viele von ihnen dürften auf der Durchreise nach anderen Urlaubszielen einige Tage Aufenthalt in Schleswig-Holstein eingeplant haben und nur wenige es als eigentliches Urlaubsziel gewählt haben. Ausländische Gäste halten sich im allgemeinen nur für 2,1 Übernachtungen auf, während auf inländische Besucher 8,3 Übernachtungen kamen. Bei den einzelnen Nationen treten jedoch auch wieder gewisse Unterschiede hinsichtlich der Reisegewohnheiten auf. Die Reisenden aus Dänemark, die fast 40% aller Gäste aus dem Ausland stellen, nahmen um 7% ab, während die Zahl der Übernachtungen um 6% zurückging. Gerade die Dänen bleiben aber im allgemeinen sehr kurz in Schleswig-Holstein, nämlich für 1,5 Nächte. Ein großer Teil von ihnen dürfte auf der Durchfahrt hier die Reise für ein oder zwei Nächte unterbrechen. Dafür spricht auch der hohe Anteil dänischer Gäste in Gemeinden, die keine besonderen Anreize für den Fremdenverkehr bieten. Viele von ihnen besuchen dagegen Kiel oder Lübeck. Etwa 12% der dänischen Gäste wählten Ostseebäder, sie bleiben jedoch auch hier nur kurz, nämlich für 1,6 Nächte, während deutsche Gäste hier im Schnitt auf 11,4 Übernachtungen kommen. Die Nordseebäder werden von den Dänen nur selten besucht und auch hier ist ihre Aufenthaltsdauer mit 4,3 Übernachtungen je Gast ungewöhnlich niedrig.

Ein etwas anderes Bild ergibt die Unterteilung des Reiseverkehrs aus Schweden. Er betrug 1961 27% der ausländischen Gäste und 37% der Übernachtungen. Im Vergleich zum Vorjahr besuchten 3% weniger Schweden Schleswig-Holstein, jedoch verlängerte sich ihre Aufenthaltsdauer. Sie betrug 1961 2,8 Übernachtungen und liegt höher als bei den Dänen. Ein großer Teil der schwedischen Gäste - etwa 40% - besuchte die Bäder der Ostseeküste und blieb im Schnitt für 4,5 Übernachtungen. Dagegen werden die Nordseebäder auch von den Schweden kaum als Aufenthalt gewählt; sie blieben dann jedoch für 7,5 Nächte. Zahlreicher sind dagegen die Übernachtungen in kleineren Gemeinden und ein Aufenthalt in den Städten, besonders in Lübeck.

Tab. 2 Der Reiseverkehr aus dem Ausland im Sommerhalbjahr 1960 und 1961

Wohnsitz	Gemeldete Gäste			Übernachtungen			Übernachtungen je Gast	
	1960	1961	Veränd. in %	1960	1961	Veränd. in %	1960	1961
	in 1 000			in 1 000			1960	1961
Dänemark	67	62	- 7	96	90	- 6	1,4	1,5
Schweden	45	44	- 3	122	123	+ 1	2,7	2,8
Norwegen	9	11	+22	13	20	+ 56	1,4	1,8
Übr. Ausland	50	44	-12	115	101	- 12	2,3	2,3
Ausland insg.	171	161	- 6	345	333	- 3	2,0	2,1

Die Einrichtung einer direkten Fährverbindung von Kiel nach Oslo hat sich bereits im Sommerhalbjahr 1961 günstig auf den Reiseverkehr aus Norwegen ausgewirkt. Allerdings überwiegt auch hier wieder der Durchgangsverkehr. Die Zahl der Gäste hat sich um 22% ausgeweitet, die Zahl der Übernachtungen sogar um mehr als die Hälfte. Davon hat besonders Kiel profitiert. Aber auch andere Gemeinden sind von den norwegischen Gästen als Aufenthalt für eine Nacht gewählt worden. Außerdem haben wieder die Bäder der Ostseeküste eine gewisse Anziehungskraft gehabt, da 17% der Norweger hier ihre Reise unterbrachen. Der Anteil, der die Nordseeküste aufsuchte, war ähnlich wie bei den Reisenden aus Dänemark und Schweden gering, wenn auch ihre Aufenthaltsdauer länger war.

Auch die schleswig-holsteinischen Heilbäder sowie die Luftkur- und Erholungsorte wurden nur von wenigen ausländischen Gästen besucht. Aus der geringen Übernachtungsdauer läßt sich der Schluß ziehen, daß auch diese Orte weniger als Erholungsaufenthalt, als zu einem kürzeren Besichtigungsbesuch gewählt worden sind.

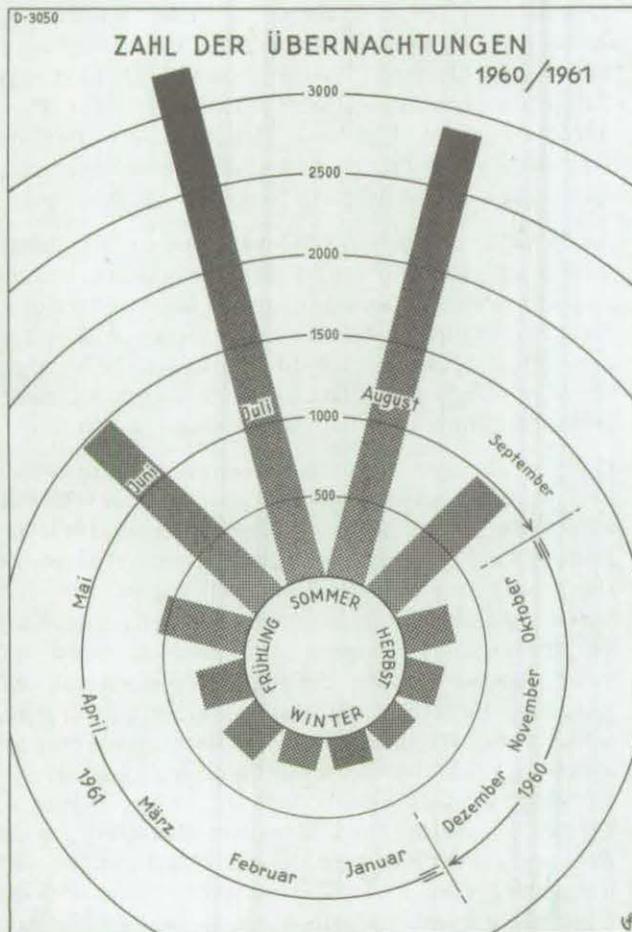
Die Schwierigkeit für das Beherbergungswesen besteht nach wie vor in der Ballung des Reiseverkehrs auf wenige Wochen. Besonders die Bäder sind von diesem Spitzenverkehr in der Hauptsaison betroffen. Bemühungen um eine Streuung der Schulferien in den einzelnen Bundesländern haben bisher noch nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt. Daneben ist man bemüht, die Nach- und Vorsaison durch den Bau von Kurmittelhäusern, Schwimmbädern und anderen Einrichtungen anziehender zu gestalten. Gerade der September ist für einen Aufenthalt in der holsteinischen Schweiz und auch an der See noch durchaus geeignet. Aber auch 1961 konzentrierten sich 52% der Gäste und 65% der Übernachtungen auf die Monate Juli und August. Juni und September folgen erst in großem Abstand. Bei einer Aufgliederung des Reiseverkehrs nach Monaten scheint sich jedoch eine gewisse Ausdehnung der Saison abzuzeichnen. Die Erhöhung der Übernachtungen im Mai fällt besonders auf. Sie dürfte jedoch zum Teil auf den Pfingstreiseverkehr zurückzuführen sein, da Pfingsten 1961 in den Mai, 1960 in den Juni fiel. Die Zunahme der Übernachtungen im Juni

Tab. 3 Die monatlichen Änderungen der Übernachtungen 1961 gegenüber 1960 im Sommerhalbjahr

Monat	Übernachtungen		
	1960	1961	Veränderung in %
	in 1 000		
April	273	292	+ 7
Mai	411	540	+ 31
Juni	1 367	1 490	+ 9
Juli	2 920	3 249	+ 11
August	2 772	2 870	+ 4
September	835	954	+ 14
Sommerhalbjahr	8 577	9 394	+ 9

um 9%, obwohl keine Feiertage in diesen Monaten fielen, kann dagegen als Erfolg hinsichtlich einer breiteren Verteilung des Reisestromes gewertet werden. Die Zahl der Gäste hat sich im Juni nur unwesentlich erhöht, wohl aber ihre Aufenthaltsdauer.

In den beiden Hauptreisemonaten erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr die Gästezahlen nur



Während im Sommerhalbjahr 1,3 Mill. Gäste Schleswig-Holstein besuchten und 9,4 Mill. Übernachtungen gezählt wurden, kamen in den Wintermonaten nur 0,4 Mill. Besucher, auf die 1,2 Mill. Übernachtungen entfielen. Schleswig-Holstein bietet keine besonderen Anziehungspunkte für einen Winterurlaub, abgesehen von den Kurmöglichkeiten in den Heilbädern und einigen Seebädern. Daher ist im Winter der Berufsverkehr vorherrschend. Am niedrigsten ist der Reiseverkehr im Dezember, aber auch im Januar und Februar sind Besucher- und Übernachtungszahlen gering. In den Großstädten und anderen Gemeinden, die keinen ausgeprägten Charakter als Sommerfrische haben, sind die Schwankungen des monatlichen Reiseverkehrs am wenigsten ausgeprägt.

noch im Juli und zwar um 8%. In beiden Monaten wurde aber eine Verlängerung der Aufenthaltsdauer beobachtet. Die Zahl der Übernachtungen stieg im Juli um 11% und im August um 4%. Die Entwicklung des Fremdenverkehrs im September scheint auch auf eine stärkere Streuung hinzudeuten, da die Zahl der Gäste um 8%, die der Übernachtungen sogar um 14% angestiegen ist. Aber trotzdem bleibt die Zahl der Gäste, die im September ihren Urlaub verbringen können oder wollen, im Vergleich zu den Monaten Juni, Juli und August beträchtlich zurück.

Da in Schleswig-Holstein der Reiseverkehr immer die Tendenz haben wird, sich auf wenige Wochen zusammenzudrängen, wird die Frage der Rentabilität der gewerblichen Beherbergungsbetriebe problematisch bleiben. Die Errichtung neuer Hotels und Pensionen, die nur kurze Zeit voll belegt, die längste Zeit des Jahres aber unterbelegt sind, wird zur weiteren Förderung des Fremdenverkehrs nicht immer zweckmäßig sein. Dagegen wäre eine Ausweitung der privaten Zimmervermietung gerade in den Bädern ein Weg, der vielleicht zu einem größeren Erfolg führt. Denn schon heute wäre der Fremdenverkehr nicht mehr zu bewältigen, wenn nicht auf die zahlreichen Privatquartiere zurückgegriffen werden könnte. Nach den Meldungen der Berichtsgemeinden standen am 1.4.1961 in den 2 500 Betrieben des Gaststättengewerbes etwa 55 000 Betten zur Verfügung. Dazu kamen 60 000 Betten in Privatquartieren, deren Zahl sich jedoch zur Hauptsaison sicher noch erhöht hat. Die Verteilung der zur Verfügung stehenden Kapazität auf die einzelnen Gemeindegruppen geht aus Tabelle 4 hervor. Insgesamt erhöhte sich die Bettenkapazität 1961 um 7%.

Aufschlußreich ist eine Unterteilung des Fremdenverkehrs nach der Art der gewählten Unterbringung. Der Berufs- und Durchgangsverkehr bevorzugt den Aufenthalt in Hotels und Gasthäusern. Etwa 57% der Gäste wählten diese Unterkunftsart; der Prozentsatz schwankt jedoch in den einzelnen Gemeindegruppen sehr stark. Besonders hoch liegt der Anteil in den beiden Großstädten, wo auch die Aufenthaltsdauer sehr

Tab. 4 Die Beherbergungskapazität nach Gemeindegruppen - Stand: 1. 4. 1961 -

	Betriebe	Betten		
		in Beherbergungsbetrieben	in Privatquartieren	insgesamt
Großstädte	101	2 252	520	2 772
Heilbäder	106	2 655	511	3 166
Luftkurorte	354	6 279	3 649	9 928
Nordseebäder	790	18 134	25 681	43 815
Ostseebäder	738	19 775	27 497	47 272
Sonstige Gemeinden	411	6 133	1 788	7 921
Insgesamt	2 500	55 228	59 646	114 874

kurz ist. Für den Erholungsurlaub werden dagegen Pensionen und Privatquartiere vorgezogen, so daß die Hotels und Gasthäuser nur etwa 21% der Übernachtungen erreichten. In Privatquartieren waren 27% der Gäste untergebracht, jedoch entfiel fast die Hälfte der Übernachtungen auf diese Unterbringungsart. Durchschnittlich erreichten private Zimmervermieter 13,2 Übernachtungen je Gast und lagen damit noch höher als Pensionen und Fremdenheime mit 12,8 Übernachtungen. Die Erholungs- und Ferienheime haben nur eine geringe Kapazität, so daß ihr Anteil am Fremdenverkehr gering ist. Aber sie erreichten eine hohe Aufenthaltsdauer. Besonders gelagert ist der Aufenthalt in Sanatorien und Heilstätten. Hier finden fast ausschließlich Kranke oder Genesende Aufnahme, die selten unter 4 Wochen bleiben. 1961 wurden 32 Übernachtungen je Gast gezählt. Gegenüber dem Vorjahr ergeben sich sowohl hinsichtlich der Verteilung der Gäste auf die einzelnen Unterbringungsmöglichkeiten als auch hinsichtlich der Aufenthaltsdauer in den verschiedenen Betriebsarten keine wesentlichen Unterschiede.

Neben dem bisher untersuchten Reiseverkehr, der sich auf gewerbliche und private Unterkünfte verteilte, stehen den Gästen in den Fremdenverkehrsgemeinden noch 48 Jugendherbergen und 120 gemeldete Zeltplätze zur Verfügung.

Tab. 5 Der Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1961 nach Betriebsarten

Betriebsart	Gemeldete Gäste		Übernachtungen		Übernachtungen je Gast
	in 1 000	in %	in 1 000	in %	
Hotels und Gasthäuser	711	57	1 952	21	2,7
Fremdenheime, Pensionen, Hospize	144	11	1 846	20	12,8
Erholungs- u. Ferienheime	55	4	743	8	13,6
Heilstätten, Sanatorien	14	1	451	5	32,1
Privatquartiere	333	27	4 402	47	13,2
Insgesamt	1 257	100	9 394	100	7,5

Außerdem können Kinder in 156 Heimen, die zum großen Teil an der Nordsee liegen, Aufnahme finden.

Die Jugendherbergen verfügen über gut 6 000 Betten. Sie wurden von 0,2 Mill. Gästen besucht, die im allgemeinen nur kurz blieben. Gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Besucher um 2% abgenommen, die Zahl der Übernachtungen sogar um 10%, so daß die Aufenthaltsdauer sich auf 2,4 Übernachtungen verkürzte. 11% der Gäste in Jugendherbergen kamen aus dem Ausland; ihre Zahl hat sich im Gegensatz zu dem allgemeinen Reiseverkehr aus dem Ausland auch 1961 noch um 4% erhöht.

Die Vorliebe für das Zelten scheint noch weiter zuzunehmen. Die 120 von der Statistik erfaßten Zeltplätze in Schleswig-Holstein meldeten eine Zunahme ihrer Besucher um 9% auf fast 0,3 Mill. Gäste. Sie zelteten im Durchschnitt 6,4 Nächte, etwas länger als im Vorjahr. Die Zahl der Übernachtungen hat recht nachhaltig um 16% zugenommen. Der Anteil ausländischer Zeltgäste lag 1961 bei 10%. Ihre Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr um 9% verringert, die Zahl der Übernachtungen sogar um 38%. So betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei den ausländischen Besuchern der Zeltplätze nur noch 1,9 Nächte. In allen Arten des Reiseverkehrs ist somit eine wesentlich kürzere Aufenthaltsdauer ausländischer Gäste gegenüber deutschen Gästen festzustellen.

Die Kinderheime verfügten am Anfang der Saison über 12 500 Betten. Im Sommerhalbjahr wurden etwa 68 000 Kinder in diesen Heimen betreut. Die Aufenthaltsdauer betrug etwa 26,5 Übernachtungen, etwas mehr als im Vorjahr. Die Zahl der ausländischen Kinder ging auf 153 zurück.

Dipl.-Volksw. Gisela A. Schlüter

Vergleiche auch: * Der Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1960* in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 235 (Oktober) und *Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1961* in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 111 (Februar)

Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein im Jahre 1961

Ergebnisse der Statistik der Unternehmen nach Rechtsformen

Die Entwicklung 1960/61

Am 31. 12. 1961 waren in den Handelsregistern der schleswig-holsteinischen Amtsgerichte 1 124 Gesellschaften mit einem Nominalkapital von insgesamt 564 Mill. DM eingetragen. Hinzu kommt noch eine Aktiengesellschaft, die ihr Grundkapital in Höhe von rund 3 Mill. RM im-

mer noch nicht auf DM umgestellt hat, obwohl die meisten Umstellungen bis 1953 vollzogen worden sind. Gegenüber dem vorangegangenen Jahresende hat sich die Zahl der Kapitalgesellschaften um 68 vergrößert. Das ist im Vergleich zu den Vorjahren eine recht beträchtliche Zunahme. Das Nominalkapital erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 73 Mill. DM oder 15%,

Tab. 1 Die Entwicklung der Kapitalgesellschaften
in den Jahren 1960 und 1961

	1960		1961	
	Anzahl	Kapital Mill. DM	Anzahl	Kapital Mill. DM
Anfangsbestand	1 040	400,8	1 056	491,5
Zugänge	113	102,3	101	74,9
davon				
Gründung, Umwandlung und Fortsetzung	96	5,6	84	13,6
Sitzverlegung innerhalb des Bundesgebietes	17	6,6	17	10,9
durchgeführte Kapitalerhöhung	(90)	90,1	(88)	50,4
Abgänge	97	11,6	33	2,0
davon				
Liquidationseröffnung	7	0,3	10	0,3
Konkurseröffnung	5	0,1	-	-
Fusion	2	1,1	-	-
Umwandlung nach Umw. Ges.				
Übertragung auf Einzelfirma	14	0,4	1	0,0
Errichtende Umwandlung	36	3,4	2	0,8
Verschmelzende Umwandlung	13	2,5	1	0,0
Sitzverlegung innerhalb des Bundesgebietes aus dem Bundesgebiet nach Berlin (West)	10	0,9	8	0,3
	1	0,0	-	-
Kapitalherabsetzung	(7)	2,3	-	-
Sonstige Abgänge	9	0,5	11	0,6
Bestand am Ende des Jahres	1 056	491,5	1 124	564,4
Außerdem RM-Gesellschaften	1	3,0 RM	1	3,0 RM

also nicht ganz so stark wie 1960, als die Zuwachsrate sich auf 91 Mill. DM oder 23% belief.

Aus der Tabelle 1 ist ersichtlich, daß die Fluktuation innerhalb der Kapitalgesellschaften nachgelassen hat. Fanden 1960 noch 210 Veränderungen statt, so sind es 1961 nur noch 134. Besonders stark sind die Abgänge zurückgegangen, was darin begründet liegt, daß die Umwandlungen nach dem Umwandlungsgesetz vom 12. 11. 1956 weitgehend abgeschlossen sind. Die durchgeführten Kapitalerhöhungen sind der Anzahl nach etwa gleich geblieben, der Höhe nach haben sie sich jedoch auf fast die Hälfte vermindert. Die Möglichkeiten des Gesetzes vom 23. 12. 1959 über die Kapitalerhöhungen aus Gesellschaftsmitteln scheinen also, schon vor ihrem Außerkrafttreten am 31. 7. 1961, weitgehend ausgenutzt worden zu sein. Neugründungen haben etwa ebensoviele wie im Vorjahre stattgefunden; das eingebrachte Kapital jedoch war mehr als doppelt so hoch. Erfreulich ist es, daß im Jahre 1961 bei den Kapitalgesellschaften keine Konkursöffnungen stattgefunden haben, wenn man von einer nach der Konkursstatistik im Dezember durchgeführten Konkursöffnung absieht, die bis zum Jahresende noch keine Rechtskraft hatte. 1960 waren es noch 5 gewesen. Allerdings wurde bei 10 Unternehmen mit einem Kapital von 0,3 Mill. DM die Liquidation eröffnet. Im Jahre 1960 waren es bei gleicher Kapitalhöhe nur 7 Unternehmen. Es hat also eine gewisse Stabilisierung stattgefunden.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Während der Bestand an Aktiengesellschaften fast konstant geblieben ist, haben die Gesellschaften m. b. H. beträchtlich zugenommen. Am Jahresende 1961 waren 1 056 Gesellschaften m. b. H. tätig, das sind 66 mehr als am Ende des Vorjahres; ihr Stammkapital hat sich im gleichen Zeitraum auf 325 Mill. DM oder um 17% erhöht. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Kapitalgesellschaften beläuft sich auf 94%, der des Nominalkapitals auf 58%. Diese Rechtsform der Kapitalgesellschaften überwiegt also in Schleswig-Holstein bei weitem. Das dürfte hauptsächlich daran liegen, daß in Schleswig-Holstein Großbetriebe, vor allem solche mit hoher Kapitalintensität, für welche die Rechtsform der Aktiengesellschaft vorteilhafter ist, fehlen. Es wurden 82 Gründungen mit einem Stammkapital von 9,6 Mill. DM festgestellt; diesen standen 32 Abgänge mit 1,3 Mill. DM gegenüber.

Tab. 2 Die Kapitalgesellschaften
nach Wirtschaftsabteilungen 1961

Wirtschaftsabteilung	Gesellschaften m. b. H.		Aktien- gesellschaften	
	Stand am Jahresende 1961			
	Anzahl	Kapital 1000 DM	Anzahl	Kapital 1000 DM
Landwirtschaft	8	8 742	1	336
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; Energiewirtschaft	34	4 228	2	58 008
Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	146	98 423	5	57 450
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	255	89 777	23	51 157
Bau-, Ausbau- und Bauhilfs- gewerbe	58	2 705	1	2 500
Handel, Verlags-, Geld- und Versicherungswesen	300	57 310	16	43 800
dar. Großhandel	188	48 886	3	4 100
Einzelhandel	58	3 677	-	-
Dienstleistungen	139	48 000	4	6 521
Verkehrswirtschaft	89	13 914	14	19 461
Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffent- lichen Interesse	27	1 636	2	404
Insgesamt	1 056	324 733	68	239 636

Erwartungsgemäß sind die kleinen und mittleren Unternehmen am stärksten vertreten. Die Gesellschaften mit einem Stammkapital bis 200 000 DM haben der Anzahl nach ein großes Übergewicht: Sie umfassen über acht Zehntel der Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Ihr Anteil am gesamten Stammkapital beträgt jedoch nur etwas mehr als ein Zehntel. Entgegengesetzt ist das Verhältnis in den Größenklassen über 1 Mill. DM: Hier verfügen 5% aller Gesellschaften mit beschränkter Haftung über 70% des gesamten Stammkapitals. Die Hälfte des Stammkapitals befindet sich in den

Händen von 24 Gesellschaften, das sind 2% aller Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Gliedert man die Gesellschaften mit beschränkter Haftung nach Wirtschaftsabteilungen, so stellt man fest, daß die Abteilung Handel, Verlags-, Geld- und Versicherungswesen am stärksten besetzt ist. Diese Abteilung umfaßte mit 300 Unternehmungen fast drei Zehntel aller Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Es sind überwiegend kleinere Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die nur einen Anteil von gut einem Sechstel am Stammkapital aller Gesellschaften haben. Die Großhandlungen sind darin mit 188 Gesellschaften enthalten. Das verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung) ist mit 255 die zweitgrößte Abteilung, sofern man die Anzahl der Gesellschaften als Maßstab nimmt. Nimmt man jedoch den Kapitalstock als Maßstab, so steht die Wirtschaftsabteilung Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung mit einem Anteil von drei Zehnteln am Gesamtkapital an erster Stelle. Daß in diesem Wirtschaftszweig mehr Anlagekapital notwendig ist, findet auch darin seinen Niederschlag, daß der Anteil der Kapitalgrößenklasse 3 Mill. DM und mehr relativ hoch ist. Eine ähnlich starke Anlageintensität kommt nur noch im verarbeitenden Gewerbe vor.

Das Stammkapital der 24 größten Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Schleswig-Holstein betrug am Jahresende 1961:

Firma	Stammkapital - Mill. DM -
Metallhüttenwerke GmbH, Lübeck	30,0
L. Possehl & Co., GmbH, Lübeck	12,0
Bohlen-Industrie GmbH, Glinde	11,0
Lubecawerke GmbH, Lübeck	10,0
Oleonaphta, Chem. Fabr. GmbH, Brunsbüttelkoog	9,0
Hochseefischerei Kiel GmbH, Kiel	8,5
Jurid Werke GmbH, Glinde	7,6
MAK, Maschinenbau Kiel GmbH, Kiel	7,0
"Neue Heimat" Gem. Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft im Lande Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	6,0
Siemen & Hinsch GmbH, Pumpenfabrik, Itzehoe	6,0
"Hagenuk" vorm. Neufeld & Kuhnke, Kiel	5,0
Danfoss-Flensburg, Autom. Schalt- und Regelapparate, GmbH, Flensburg	4,5
General Foods GmbH, Elmshorn	4,5
Condea Petrochemie GmbH, Brunsbüttelkoog	4,0
Kieler Wohnungsbau GmbH, Kiel	4,0
Nordisches Erzkontor GmbH, Lübeck	4,0
Rockwell GmbH, Pinneberg	4,0
Möllner Textilwerke GmbH, Mölln	4,0
Possehl, Eisen und Kohlen GmbH, Lübeck	4,0
J. P. Sauer u. Sohn GmbH, Eckernförde	4,0
Wohnungsbau Schleswig-Holstein GmbH, Lübeck	4,0
"Pam" Bunkeröl GmbH, Brunsbüttelkoog	3,66
Schleswig-Holsteinische Landgesellschaft mbH, Kiel	3,4
Hermann G. Schmid GmbH, Neumünster	3,25

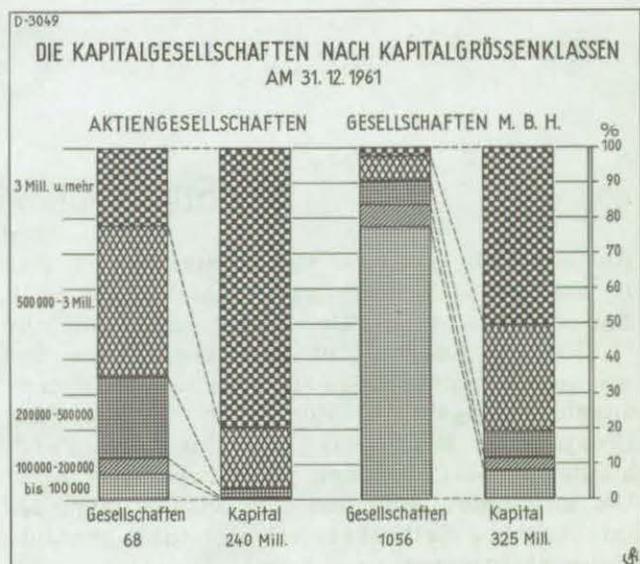
Daher ist es auch verständlich, daß in Schleswig-Holstein ein Unternehmen der Metallherzeugung und -verarbeitung die Liste der 24 größten

Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit weitem Abstand anführt. Den zweiten Platz nimmt ein Unternehmen ein, das seinen Schwerpunkt im Großhandel hat; wobei zu berücksichtigen wäre, daß diese Firma eng mit der Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung verbunden ist, da sie die Vertriebsfunktion für Unternehmen dieses Wirtschaftsbereiches übernommen hat; dann erst folgt ein Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes. Nach der Anzahl der Betriebe haben die Wirtschaftsabteilung Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung sowie das verarbeitende Gewerbe den größten Anteil. Bezeichnend für Schleswig-Holstein ist, daß eine Hochseefischerei zu den sechs größten Gesellschaften mit beschränkter Haftung gehört.

Stark ins Gewicht fallende Kapitalerhöhungen wurden bei den 24 großen Gesellschaften mit beschränkter Haftung im Jahre 1961 nicht vorgenommen.

Aktiengesellschaften

Der Bestand der Aktiengesellschaften hat im letzten Jahr nur geringfügige Schwankungen zu verzeichnen. Am Jahresende 1961 wurden 68 Aktiengesellschaften ausgewiesen, das sind nur 2 mehr als am Ende des Vorjahres; ihr Grundkapital hat sich im gleichen Zeitraum um 26 Mill. DM oder 12% auf 240 Mill. DM erhöht. Die Gesamtsumme des Grundkapitals der Aktiengesellschaften in Schleswig-Holstein liegt damit im Gegensatz zu anderen Bundesländern weit unter der Gesamtsumme des Stammkapitals aller schleswig-holsteinischen Gesellschaften mit beschränkter Haftung. - Es wurden im Jahre 1961 nur 2 Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von 4 Mill. DM gegründet und eine AG mit 9,6 Mill. DM nach Schleswig-Holstein verlegt; diesen stand ein Abgang mit 0,75 Mill. DM gegenüber.



Nach § 7 AkG mußte das Grundkapital ursprünglich mindestens 500 000 RM, nach der Umwandlung mindestens 50 000 DM (§ 44 DM-Bilanz-G.) betragen, heute sind für Neugründungen mindestens 100 000 DM erforderlich. Daher ist die untere Kapitalgrößenklasse (bis 200 000 DM) mit 8 Aktiengesellschaften nur schwach besetzt. Ihr Anteil am gesamten Grundkapital beträgt noch nicht einmal 1%. Die restlichen vier Größenklassen umfassen jeweils beinahe die gleiche Anzahl von Aktiengesellschaften, allerdings weist die Kapitalgrößenklasse 3 Mill. DM und mehr mit 191 Mill. DM oder 80% den größten Anteil am gesamten Grundkapital auf. Es überrascht nicht, daß sich über neun Zehntel des Nominalkapitals in Händen von nicht einmal der Hälfte aller Aktiengesellschaften befinden.

Innerhalb der Wirtschaftsabteilungen wiesen die zwei im Bereich Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden und Energiewirtschaft tätigen Aktiengesellschaften mit insgesamt 58 Mill. DM das höchste Grundkapital auf. Einen nur um Weniges geringeren Kapitalstock hatte die Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung (57 Mill. DM). Beide Wirtschaftsabteilungen zusammen stellen fast die Hälfte des gesamten Grundkapitals, jedoch nur ein Zehntel aller Aktiengesellschaften. Hier herrschen - wie nicht anders zu erwarten - die Großbetriebe vor. Auch im verarbeitenden Gewerbe und im Wirtschaftsbereich Handel, Geld- und Versicherungswesen befinden sich, mit einem Anteil von 21% bzw. 18% am gesamten Grundkapital kapitalstarke Unternehmungen. Die größte Zahl von Aktiengesellschaften - ein Drittel der Gesamtzahl - hat das verarbeitende Gewerbe. In den übrigen Wirtschaftsbereichen sind die Aktiengesellschaften nur schwach vertreten.

Das Grundkapital der 15 größten Aktiengesellschaften in Schleswig-Holstein betrug am Jahresende 1961:

Firma	Grundkapital - Mill. DM -
Schlesw.-Holst. Stromversorgung AG., Rendsburg	50,0
Kieler Howaldtswerke, Kiel	35,0
Lübecker Flender Werke AG., Lübeck	15,0
Kieler Verkehrs-AG., Kiel	10,5
Norddeutsche Lederwerke AG., Werk Neumünster	9,6
Schiffshypothekenbank zu Lübeck AG.	9,0
Peter Temming AG., Glückstadt	9,0
Schlesw.-Holst. Westbank, Husum	8,5
Breitenburger Portland-Cement-Fabrik AG., Lägerdorf	8,0
Emil Köster AG., Lederfabriken, Neumünster	7,6
Wirtschaftsaufbaukasse Schleswig-Holstein AG., Kiel	7,5
Flensburger Schiffbauges., Flensburg	6,6
Schlesw.-Holst. Zucker AG., Schleswig	6,0
"National" Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft, Lübeck	5,0
Deutsch-Schweizerische Hotel-AG., Kiel	3,5

Wie aus der obigen Aufstellung ersichtlich ist, weist die Wirtschaftsabteilung Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden und Energiewirtschaft nur deshalb den größten Anteil am gesamten Grundkapital auf, weil sie die größte Aktiengesellschaft Schleswig-Holsteins einschließt. Die Schleswig-Holsteinische Stromversorgung hat mit 50 Mill. DM das bei weitem größte Grundkapital. Bei einem Vergleich mit den größten Unternehmen der Bundesrepublik ist es allerdings ein sehr bescheidenes Kapital, da in der Bundesrepublik ein Unternehmen mit über 700 Mill. DM Grundkapital die Spitze einnimmt und das an 50. Stelle stehende noch über 100 Mill. DM aufweist. Nimmt man die drei großen Werften Schleswig-Holsteins zusammen, so hat dieser für unser Küstenland so wichtige Wirtschaftszweig den größten Anteil. Auch die Banken sind relativ stark vertreten.

Gravierende Kapitalerhöhungen wurden bei den 15 größten Aktiengesellschaften Schleswig-Holsteins im Jahre 1961 nicht festgestellt.

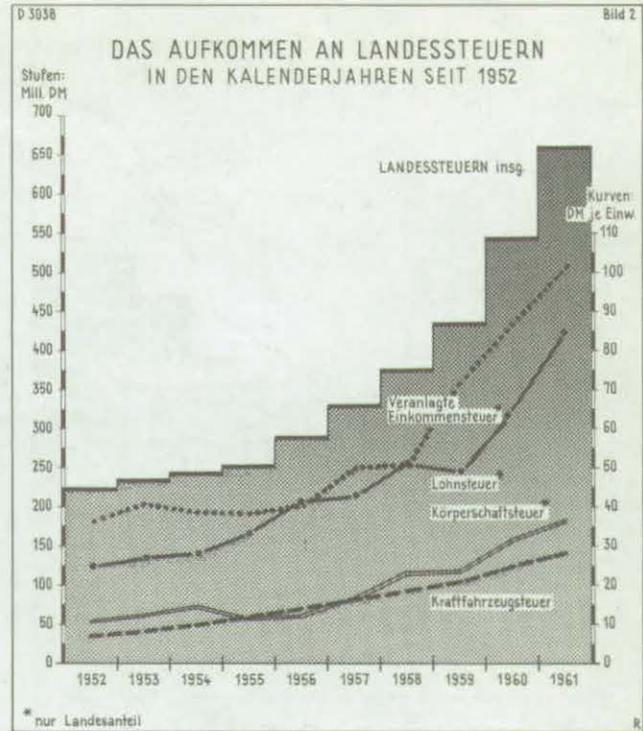
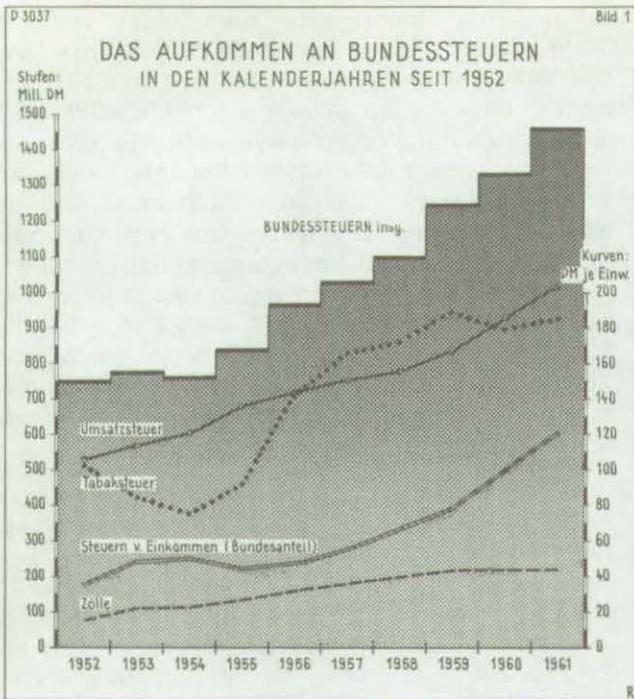
Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 131 (Juni) und "Die Entwicklung von Zahl und Kapital bei Aktiengesellschaften und Gesellschaften m.b.H. 1961" in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 150 (März)

Das Steueraufkommen im Jahre 1961

An Gemeinde-, Landes- und Bundessteuern sind im Jahre 1961 in Schleswig-Holstein 2 454 Mill. DM aufgekomen. Gegenüber dem Vorjahr (2 197 Mill. DM) ergibt sich somit eine Zuwachsquote von 12%. Zusammen mit der Lastenausgleichsabgabe in Höhe von 73 Mill. DM (Vorjahr 77 Mill. DM) hat der schleswig-holsteinische Einwohner im Durchschnitt 1 087 DM entrichtet; das sind fast 100 DM mehr als im Vorjahr. Seit 1951 hat sich das gesamte Steueraufkommen verdoppelt. Die Gemeinde-

steuern verdoppelten sich seit 1954 und die Landessteuern seit 1957. Die schon im Vorjahr beobachtete Tendenz eines starken Anstiegs der Landessteuern gegenüber einem relativ geringen Ansteigen der Gemeindesteuern hat sich auch im Jahre 1961 fortgesetzt. Die Zuwachsrate des Gemeindesteueraufkommens betrug 1961 4%, die der Bundessteuern in Schleswig-Holstein 10% und der Landessteuern 21%. Diese unterschiedlichen Zuwachsraten verschieben die Anteile an dem Steuerertrag, wie aus der



folgenden Übersicht erkennbar, seit 1958 zugunsten des Landes. Vom Steueraufkommen in Schleswig-Holstein erhielten in %:

	Bund	Land	Gemeinde u. Gemeindeverb.
1950	60,7	23,9	15,4
1952	66,7	19,7	13,7
1954	64,4	20,6	15,0
1956	66,4	19,9	13,7
1958	64,2	21,9	13,8
1960	60,7	24,7	14,6
1961	59,5	26,9	13,6

Die Landessteuern

Das Aufkommen an diesen Steuern wird in seiner Höhe durch die Steuern vom Einkommen bestimmt, die auch wie im Vorjahr eine hohe Mehreinnahme aufzuweisen hatten. Die Zuwachsrate bei der Lohnsteuer beträgt 31% gegenüber 35% im Vorjahr, bei der veranlagten Einkommensteuer 18% gegenüber 22% im Vorjahr und bei der Körperschaftsteuer 15% gegenüber 36%. Die hohen Zuwachsraten der zwei letzten Jahre sind dadurch bedingt, daß die Zahl der Steuerbefreiten infolge beträchtlicher Lohn-, Gehalts- und Einkommenssteigerungen stark abnimmt; weiterhin hat eine Vielzahl von Steuerpflichtigen die progressive Zone der Besteuerung erreicht.

Auch die Kraftfahrzeugsteuer hat mit 15% eine beachtliche Steigerung aufzuweisen.

Die Gemeindesteuern

Weniger günstig als die Landessteuern haben sich die einzelnen Gemeindesteuern entwickelt.

So ist das Aufkommen an Grundsteuer A seit Jahren in seiner Höhe konstant, die Hebesätze haben sich kaum verändert. Als Bemessungsgrundlage dient der festgestellte Einheitswert mit den Wertmaßstäben aus dem Jahre 1935 (letzte allgemeine Feststellung der Einheitswerte des Grundbesitzes). Die Zuwachsrate des Aufkommens an Grundsteuer B ist erstmalig seit der Währungsumstellung höher als die der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, obwohl auch hier die Bemessungsgrundlage seit 1935 unverändert ist und die Hebesätze sich in den letzten Jahren kaum verändert haben. Nach wie vor liegen sie ebenso wie bei der Grundsteuer A und bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital über den durchschnittlichen Hebesätzen des Bundesgebietes.

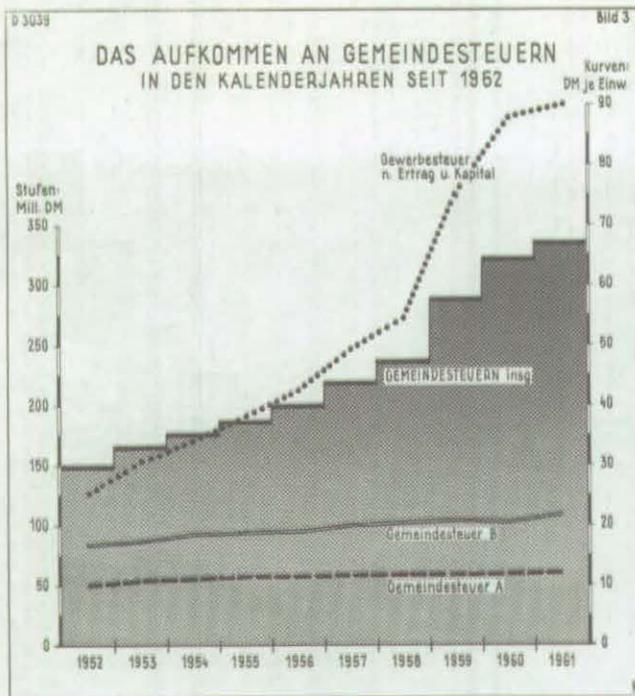
Die gewogenen Durchschnittshebesätze
im Kalenderjahr 1959 und 1960

	in Schleswig-Holstein		im Bundesgebiet	
	1959	1960	1959 ¹	1960 ²
Grundsteuer A	193	194	183	185
Grundsteuer B	243	242	218	217
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	278	278	269	268

1) 1959 ohne Berlin und Saarland

2) 1960 ohne Berlin

Das Mehraufkommen an Grundsteuer B ergibt sich daraus, daß die Steuerbefreiungen nach dem ersten und zweiten Wohnungsbaugesetz für Neubauten der Jahre bis einschl. 1959 weggefallen sind. Die Steuerbefreiung auf Grund der Wohnungsbaugesetze belief sich 1961 auf insgesamt 17 Mill. DM. Seit 1950 haben die Gemeinden einen errechneten Steuerausfall in



Höhe von insgesamt 90 Mill. DM durch diese Steuererleichterung gehabt.

Die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, die in den Vorjahren die weitaus größten Zuwachsraten nachzuweisen hatte, und deren rasche Entwicklung das Aufkommen an Gemeindesteuern entscheidend beeinflusste und damit für die gemeindlichen Finanzen eine immer stärker überragende Stellung einnahm, weist im Jahre 1961 eine Zuwachsrate von nur 4% gegenüber 17% im Vorjahr und 39% im Jahre 1959 auf. Die Entwicklung dieser Steuer ist in den Gemeindegrößenklassen unterschiedlich. Einem Verlust in den kreisfreien Städten von 2% steht eine Zunahme bei der Gemeindegrößenklasse von 5 000 bis unter 20 000 Einwohnern von 10% gegenüber. In zwei kreisfreien Städten und in fünf Kreisen ist das Gewerbesteueraufkommen rückläufig. Bei fast unveränderten Hebesätzen ist diese im ganzen nur zögernde Zu-

nahme wohl überwiegend eine Folge der Erhöhung der Freibeträge des Ertrages von 2 400 DM auf 7 200 DM, die 1961 in Kraft getreten ist. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß es sich bei diesen Gewerbesteuererinnahmen um ein Steueraufkommen handelt, das auf Vorauszahlungen und aus Nachzahlungen aus früheren Jahren auf Grund der Veranlagungen besteht. Die letzten Veranlagungsbescheide der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital für das Jahr 1961 werden erst im Frühjahr 1963 den Steuerpflichtigen zugehen. Bei geringeren Zuwachsquoten der Gewerbesteuer ist der Anteil am gesamten Gemeindesteueraufkommen mit 63% sehr beträchtlich.

Auch das Aufkommen an Lohnsummensteuer ist mit 6% gegenüber erheblich höheren Zuwachsraten früherer Jahre relativ wenig gestiegen. Ganz erheblich ist das Vergnügungssteueraufkommen zurückgegangen. Es erreichte im Jahre 1961 nur 69% der Aufkommenshöhe des Jahres 1960, in dem die Vergnügungssteuer bereits schon um 15% gegenüber dem Vorjahr eingebüßt hatte. Diese Einbuße ergibt sich aus den fast halbierten Steuersätzen des im Jahre 1961 geänderten Vergnügungssteuergesetzes und aus der sinkenden Zahl der Kinobesucher infolge der immer größeren Zahl von Fernsehgeräten.

Die übrigen Gemeindesteuern sind nur mit 21 Mill. DM am Aufkommen beteiligt. Sie weisen insgesamt gegenüber dem Jahre 1960 eine Zuwachsrate von 16% auf. Unter ihnen ist das Aufkommen an Getränkesteuer um 8% auf 5,8 Mill. DM gestiegen, obwohl nur noch 148 Gemeinden gegenüber 182 im Jahre 1959 und 255 im Jahre 1955 diese Steuer erheben; trotz schmalere Basis wächst also - wenn auch nur ganz geringfügig - die Getränkesteuer von Jahr zu Jahr.

Dipl.-Volksw. Joachim Sachse

Vergleiche auch: "Das Steueraufkommen in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 151 (Juli)

Kurzberichte

Der Schweinebestand von Juni 1961 bis März 1962

Die Schweinehaltung Schleswig-Holsteins umfaßte zum Zeitpunkt der Viehzählungen Juni, September, Dezember und März 1961/62 durchschnittlich 1,6 Mill. Tiere. Im Verlauf 1960/61 waren die Zuchtsauenbestände beträchtlich vergrößert worden. Demzufolge gab es seit

Juni 1961 jeweils über 200 000 Schweine mehr als zum entsprechenden Zähltermin des Vorjahres:

	Zunahme des Schweinebestandes im			
	Juni 1961	Sept. 1961	Dez. 1961	März 1962
	gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres			
Anzahl	221 000	253 000	222 000	233 000
in %	18	18	16	17

So große jährliche Zunahmen hat es von 1950 bis 1960 nicht gegeben. Aber trotz des großen Schweinebestandes haben die Schweineauftriebe am Hamburger Markt, an denen Schleswig-Holstein etwa zur Hälfte beteiligt ist, in der Zeit von September 1961 bis März 1962 gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt vor einem Jahr kaum zugenommen. Das dürfte zur Stabilität der Schweinepreise wesentlich beigetragen haben. Die Preise konnten sich in den Wintermonaten allgemein fast auf dem Vorjahresniveau halten. Erst in der zweiten Märzhälfte gab es einen starken Preiseinbruch.

Im Gegensatz zum Hamburger Markt haben die gewerblichen Schweineschlachtungen in Schleswig-Holstein beträchtlich zugenommen. Von September 1961 bis März 1962 wurden hier rund 150 000 Schweine (25%) mehr gewerblich geschlachtet als in der gleichen Zeit 1960/61. Für die nächste Zeit ist ebenfalls mit hohen Schlachtziffern zu rechnen.

Der Jungschweinebestand mit rund 800 000 Tieren und der Ferkelbestand mit rund 520 000 Tieren übertrafen Anfang März 1962 die entsprechenden Bestände im Vorjahr um 20 bzw. 15%. Im Vergleich zu den Vorjahren wurden Anfang März mit rund 140 000 Tieren verhältnismäßig viele schwere Schlachtschweine (1/2 Jahr und älter) gehalten. Bei diesen Tieren handelt es sich z. T. um Sauen, die zur Mast aufgestellt wurden. Von September bis Dezember 1961 schieden beispielsweise mehr Altsauen aus der Zucht aus als im gleichen Vierteljahr 1960:

	Jahr	Abgang ¹	Jahr	Abgang ¹
März bis Juni	1960	20 000	1961	26 000
Juni bis Sept.	1960	21 000	1961	24 000
Sept. bis Dez.	1960	26 000	1961	34 000
Dez. bis März	1961	22 000	1962	27 000

Der Bestand an trächtigen Zuchtsauen war Anfang März 1962 kaum größer als im März 1961. Da weniger Jungsauern belegt wurden als vor einem Jahr, ist damit zu rechnen, daß der Schweinebestand vorerst mindestens nicht mehr im gleichen Maße wie von Juni 1961 bis März 1962 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresabschnitt vergrößert wird.

Dipl.-Landw. Georg Bartling

Vergleiche auch: "Die Viehbestände 1960" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 132 (Juni) und "Viehbestand am 4. Dezember 1961" in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 30 (Januar)

1) geschätzte Zahlen; Beispiel für die Ermittlung: Abgang von Zuchtsauen (1 Jahr und älter) von März bis Juni = Zuchtsauen (1 Jahr und älter) und trächtige Jungsauern (1/2 bis 1 Jahr) im März minus Zuchtsauen (1 Jahr und älter) im Juni

Streiks und Aussperrungen 1960 und 1961

Wenn in Schleswig-Holstein in der Nachkriegszeit bisher das Jahr 1959 von den beiden Arbeitskämpfmaßnahmen Streik und Aussperrung am wenigsten betroffen war - es war 1959 lediglich ein Betrieb von 12 Arbeitnehmern betreift worden, wodurch 384 Arbeitstage verloren gingen -, so war 1960 noch friedlicher. 1960 hat das Landesarbeitsamt überhaupt keinen Streik und keine Aussperrung registriert.

Wenn trotzdem ein Streik oder eine Aussperrung stattgefunden haben sollte, so waren daran weniger als 10 Arbeitnehmer beteiligt oder die Kampfmaßnahmen haben weniger als einen Tag gedauert und der Verlust lag für den betreffenden Betrieb unter 100 Arbeitstagen. Derartig kurze Arbeitsstreitigkeiten werden statistisch nicht erfaßt.

In den übrigen Ländern der Bundesrepublik zusammen einschließlich Westberlin, das sich 1960 der Nachweisung von Streiks und Aussperrungen angeschlossen hat, sind im Laufe des Jahres 1960 28 Betriebe bestreikt worden. Durch diese Streiks, an denen rund 17 000 Arbeiter beteiligt waren, gingen annähernd 38 000 Arbeitstage verloren. Das ist auch für die Bundesrepublik der geringste durch Streik bedingte Arbeitsausfall seit 1950 gewesen.

Der größte Teil der im Bundesgebiet eingetretenen Streiks spielte sich in der Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung ab (86% aller verlorenen Arbeitstage). Die Streiks dauerten im Schnitt gut zwei Tage, die meisten Arbeiter (83%) haben weniger als sieben Tage lang gestreikt. Reichlich die Hälfte der 1960 im Bundesgebiet verlorenen Arbeitstage entfiel auf Baden-Württemberg, nahezu drei Zehntel kamen auf Bayern, 12% auf Nordrhein-Westfalen und die restlichen 3% auf Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz.

Aussperrungen gab es 1960 überhaupt nicht.

Auch im Jahre 1961 waren die Arbeitgeber noch geneigt, die gewerkschaftlich unterstützten wie auch die individuell geforderten Lohnerhöhungen und -zulagen zu bewilligen. Selbst dort, wo die Kapazität der Arbeitskräfte nicht voll genutzt werden konnte, wurden Lohnerhöhungen nicht grundsätzlich abgeschlagen, um die einzelnen Betriebe nicht von Arbeitskräften zu entblößen. Deshalb ist auch im Jahre 1961 keine grundsätzliche Änderung in der Streik- und Aussperrungsstatistik festzustellen.

In Schleswig-Holstein wurde 1961 lediglich ein Betrieb von 34 Arbeitnehmern bestreikt, was zu einem Ausfall von 429 Arbeitstagen führte. Obwohl es sich um die Bäcker einer Konsumgenossenschaft handelte, die streikten, erscheint der Streik in der Landes- und Bundes-

statistik in der Wirtschaftsgruppe Großhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln bzw. in der Wirtschaftsabteilung Handel, Geld- und Versicherungswesen, weil es nach der Qualifikation des Betriebes und nicht der Arbeitnehmer geht.

Im Bundesgebiet haben 1961 rund 21 000 Arbeitnehmer in 119 Betrieben gestreikt, wodurch ein Arbeitsausfall von rund 64 000 Tagen entstanden ist. In diesem Jahr war der Bergbau mit 40% aller verlorenen Arbeitstage am stärksten betroffen. Weitere 32% aller Streiktage entfielen auf das verarbeitende Gewerbe ohne Eisen- und Metallindustrie, darunter insbesondere auf die Ledererzeugung und -verarbeitung, das Textil- und das Bekleidungs-gewerbe und die Holzverarbeitung. Im Durchschnitt ergab sich eine Streikdauer von 3,5 Tagen je beteiligten Arbeitnehmer. Am häufigsten (92% aller Streiktage) waren die weniger als 7 Tage dauernden Streiks; nur im sonstigen Bergbau, wo in zwei kleineren Betrieben verhältnismäßig lange gestreikt wurde, dehnte sich die Streikdauer auf mehr als 24 Tage aus. 40% der Streiktage entfielen 1961 auf Niedersachsen, 20% auf Nordrhein-Westfalen. In Hamburg und Bremen wurde nicht gestreikt, womit Hamburg zwei Jahre, Bremen bereits drei Jahre lang von Streiks verschont geblieben ist.

In jeweils zwei Betrieben des Bekleidungs-gewerbes und des Luftverkehrs sind im Jahre 1961 Aussperrungen verhängt worden, von denen 260 bzw. 287 Arbeitnehmer betroffen

wurden. Während hierdurch im Luftverkehr nur insgesamt 312 Arbeitstage verloren gingen, dauerten die Aussperrungen im Bekleidungs-gewerbe länger an und führten zu 2 071 Tagen Arbeitsausfall. Schleswig-Holstein wurde überhaupt nicht von Aussperrungen betroffen.

Seit 1959 sagt die Statistik nichts mehr über Ursachen (Gegenstand) und Ergebnisse der Streiks aus. Wie bekannt, ging es jedoch in den Jahren 1960 und 1961 im Bundesgebiet in vielen Fällen weniger um Lohnforderungen und "sonstige" Ursachen als vielmehr um Fragen wie Arbeitszeitverkürzung, Urlaub, Urlaubsgeld, Lohnausgleich im Krankheitsfall, Lohnsicherung bei evtl. Kurzarbeit oder Arbeitsplatzwechsel u.ä., wie sie in den Rahmentarifverträgen geregelt werden. Der Streik der Bäcker einer Konsumgenossenschaft in Schleswig-Holstein hatte allerdings ausschließlich höhere Löhne zum Ziel; er hatte vollen Erfolg.

1959 bis 1961 zusammen sind sowohl in der Bundesrepublik als auch in Schleswig-Holstein weniger Arbeitstage durch Streiks ausgefallen als im geringsten Streikjahr zuvor. Der Anteil Schleswig-Holsteins an der Gesamtzahl der verlorenen Arbeitstage in der Bundesrepublik war in den einzelnen Jahren sehr unterschiedlich; er lag zwischen 0% und 98%. Der große Anteil Schleswig-Holsteins in der Statistik des Jahres 1957 wurde durch den Metallarbeiterstreik verursacht, der insgesamt 2,3 Mill. Arbeitstage forderte.

Verlorene Arbeitstage je 100 Beschäftigte in ausgewählten Ländern

Jahr	Bundes-republ. Deutschland	Belgien	Frank-reich	Italien	Nieder-lande	Nor-wegen	Schwe-den	Groß-britannien	USA	Japan
1955	5,0	41,2	25,8	57,1	4,5	10,9	6,6	17,7	54,5	19,3
1956	8,8	38,2	11,7	40,1	6,9	96,8	0,2	9,4	63,2	24,4
1957	5,7	150,4	33,4	42,8	0,2	2,7	2,2	37,7	31,0	28,7
1958	4,1	11,9	9,3	36,8	1,2	6,0	0,6	15,5	45,1	30,3
1959	0,3	40,6	16,0	80,8	0,4	4,8	0,9	23,5	126,5	29,4
1960	0,2

Quelle: Sozialpolitik in Deutschland, Heft 21, Löhne und Gehälter, Seite 11

Die Zahl der in den Jahren 1955 bis 1959 durch Arbeitskämpfe verlorenen Arbeitstage lag in der Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zu den meisten anderen Industriestaaten sehr niedrig. Die Aufwärtsbewegung der Löhne und Gehälter hat sich bei uns in ungewöhnlich ruhigen Bahnen vollzogen. Lediglich in den Niederlanden mit ihrer staatlich gelenkten Lohnpolitik und in Schweden waren die Verluste durch Streiks

und Aussperrungen geringer, in einem Teil der übrigen Länder, insbesondere in Frankreich, USA, Italien und Großbritannien waren sie viel höher als in der Bundesrepublik.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Die Streiks in Schleswig-Holstein", in Stat. Monatshefte S.-H. 1960, Seite 168 (Juli) und "Streiks im Jahre 1961" in Wirtschaft und Statistik 1962, Seite 99 (Februar)

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1961/62				
		Monats-Durchschnitt			Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
Bevölkerungsstand (Monatsende)											
*Wohnbevölkerung	1 000	2 269	2 324 ^a	2 312	2 313	2 315	2 335 ^b	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen ¹⁾											
*Anzahl		1 654	1 877 ^a	1 044	1 231	2 028	1 996	971	1 234	...	
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	9,7 ^a	5,3	6,9	10,3	10,1	4,9	
Lebendgeborene ²⁾											
*Anzahl		2 867	3 355 ^a	3 313	3 228	3 588	3 366	3 373	3 346	...	
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,2	17,3 ^a	16,9	18,2	18,3	17,0	17,0	
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)											
*Anzahl		2 173	2 290 ^a	2 457	2 249	2 367	2 699	2 668	2 373	...	
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	11,8 ^a	12,5	12,7	12,0	13,6	13,5	
darunter im ersten Lebensjahr											
*Anzahl		93	95	104	99	104	92	87	78	...	
*je 1 000 Lebendgeborene		32,6	28,4	31,4	30,7	29,0	27,3	25,8	23,3	...	
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben											
*Anzahl		+ 694	+ 1 065 ^a	+ 856	+ 979	+ 1 221	+ 667	+ 705	+ 973	...	
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		+ 3,7	+ 5,5 ^a	+ 4,4	+ 5,5	+ 6,2	+ 3,4	+ 3,6	
Wanderungen											
*Zuzüge über die Landesgrenze		6 523	7 031	7 717	5 092	6 584	4 744	
*Fortzüge über die Landesgrenze		6 263	5 958	6 291	4 572	5 908	5 225	
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		+ 260	+ 1 073	+ 1 426	+ 520	+ 676	- 481	
*Umzüge innerhalb des Landes ⁴⁾		9 666	9 958	10 417	7 149	9 024	7 718	
Wanderungsfälle ⁴⁾											
Anzahl		22 452	22 947	24 425	16 813	21 516	17 687	
auf 1 000 Einw. und 1 Jahr ⁵⁾		170	170 ^a	178	135	155	128	
Umsiedler											
davon nach		609	234	332	203	273	178	142	72	170	
Nordrhein-Westfalen		326	116	209	64	204	41	83	34	42	
Baden-Württemberg		43	17	5	9	8	26	9	19	31	
Rheinland-Pfalz		10	3	4	5	4	-	-	-	2	
Hessen		12	2	4	5	4	6	-	1	3	
Hamburg		218	96	110	120	53	105	50	18	92	
Bremen		-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Arbeitslage											
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁶⁾	1 000	741 ⁺	799 ⁺	.	.	787	801	.	.	805	
darunter *Männer	1 000	494 ⁺	533 ⁺	.	.	528	532	.	.	536	
*Arbeitslose											
Anzahl	1 000	50	12	27	23	15	14	16	14	11	
darunter *Männer	1 000	31	7	18	15	8	8	10	9	7	
je 100 Arbeitnehmer		6,3	1,5	3,4	2,8	1,9	1,7	1,9	1,7	1,4	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze)
 6) Arbeiter, Angestellte und Beamte a) Errechnet unter Zugrundelegung der auf der Grundlage der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschriebenen Wohnbevölkerung. Die Zahlen sind nur als vorläufige Angaben zu verwenden und gelten nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6. 6. 1961 als überholt b) Auf Grundlage der Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschriebene Wohnbevölkerung. Die Zahl ist nur als vorläufige Angabe zu verwenden und gilt nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6. 6. 1961 als überholt

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1961/62			
		Monats-Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^c	1 251 ^c	-	-	-	1 251	-	-	-
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^c	467 ^c	-	-	-	467	-	-	-
*Schweine	1 000	1 279 ^c	1 636 ^c	-	-	1 404	1 636	-	-	1 637
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^c	171 ^c	-	-	162	171	-	-	171
darunter *trächtig	1 000	77 ^c	107 ^c	-	-	105	107	-	-	108
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St	14	20	18	15	16	18	19	14	16
*Kälber	1 000 St	5	5	7	7	10	4	5	5	7
*Schweine	1 000 St	81	107	125	105	107	138	150	130	128
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St	15 ^d	12 ^e	31	23	17	33	31	23	16
*Gesamtschlachtgewicht ⁷⁾ (einschl. Schlachtfette)	1 000 t	9,3	13,0	12,4	10,6	11,9	13,4	15,1	12,9	13,7
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	4,4	3,9	3,2	3,5	4,1	4,2	3,2	3,6
*Schweine	1 000 t	5,9	8,2	8,1	7,0	7,8	9,0	10,6	9,3	9,7
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	223	227	223	220	221	234	236	237	233
*Kälber	kg	49	51	50	50	49	49	50	51	50
*Schweine	kg	89	86	87	85	86	86	89	87	87
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	153	140	138	178	134	148	148	196
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	10,9	9,8	10,7	12,5	9,4	10,2	11,4	13,5
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	87	89	86	87	88	86	87	87	88
INDUSTRIE⁸⁾										
*Beschäftigte	1 000	164	174	170	172	172	174	174	175	...
darunter *Arbeiter ⁹⁾	1 000	136	142	140	141	141	142	142	143	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹⁰⁾	1 000	24 439	24 761	24 755	23 627	25 855	24 144	24 501	23 216	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	69,6	63,5	60,1	68,6	75,7	71,6	70,2	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	22,9	21,4	21,1	21,5	27,5	24,1	24,8	...
*Brennstoffverbrauch	1 000 SKE ¹¹⁾	74	88	68	58	67	81	73	62	...
Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	11 193	11 346	10 747	11 175	9 939	10 170	9 178	...
Heizölverbrauch	1 000 t	31	45	51	47	50	58	53	50	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	88	86	83	88	89	91	85	...
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	21	22	25	21	20	25	24	20	...
*Umsatz ¹²⁾	Mill. DM	479	584	532	492	602	620	553	492	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	79	98	50	72	103	66	42	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion										
einschl. Energie und Bau	1950=100	224	279 ^f	249	278	272	288	263	267	...
darunter Erzeugnisse des/der										
Erdölgewinnung		592	698	659	615	674	837	794	786	...
Industrie der Steine und Erden		193	255	135	185	256	182	157	159	...
Hochofen- und Stahlwerke		157	161	163	162	175	156	149	174	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		112	154	147	150	180	184	139	166	...
Mineralölverarbeitung		688	1 132	1 059	1 093	801	1 270	1 124	1 190	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		741	1 179	1 161	1 287	1 250	1 008	1 070	1 015	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		99	113	103	110	122	93	92	94	...
Papier erzeugenden Industrie		256	314	307	322	327	286	295	315	...
Schiffbaues		311	297	322	307	308	306	278	275	...
Maschinenbaues		272	341	236	478	300	325	267	304	...
elektrotechnischen Industrie		508	704	753	761	737	731	640	626	...
feinmechanischen und optischen Industrie		608	821	704	716	829	1 160	993	787	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie										
(einschl. Sportwaffen)		166	223	198	213	214	239	200	233	...
Leder erzeugenden Industrie		115	96	109	100	90	91	98	87	...
Schuhindustrie		216	243	246	253	266	227	264	273	...
Textilindustrie		194	201	217	226	212	183	186	184	...
Bekleidungsindustrie		127	152	128	153	160	148	170	159	...
Fleischwarenindustrie		169	196	164	165	182	244	198	192	...
Fisch verarbeitenden Industrie		189	197	190	212	211	219	189	197	...
Molkereien und Milch verarbeitenden Industrie		121	129	113	120	149	125	126	141	...
Tabak verarbeitenden Industrie		227	253	244	246	269	243	269	245	...
Bauproduktion		189	227	149	185	224	184	166	165	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) gewerbliche Schlachtungen 8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 9) einschl. gewerblicher Lehrlinge 10) einschl. Lehrlingsstunden 11) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 12) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren c) Dezember d) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 e) Winterhalbjahr 1961/62 = 22 f) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: vorläufige Ergebnisse

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1961/62			
		Monats-Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mill. kWh	110	131	140	120	122	129	119	115	144
*Stromverbrauch 13)	Mill. kWh	143	175	209	184	194	236	233	202	219
*Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke 14)	Mill. cbm	17	18	21	18	18	22	21	20	21
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe 15)										
*Beschäftigte		55 228	61 829	57 232	58 431	60 526	61 589	60 693	p60 153	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 618	6 533	7 657	9 948	7 179	7 017	p6 351	...
darunter *für Wohnungsbauten	1 000	4 157	4 172	2 830	3 529	4 468	2 991	3 123	p2 634	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	32,2	20,6	24,0	31,0	26,0	25,0	p 23,0	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	2,2	1,9	1,8	1,9	3,2	2,4	p 2,3	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	101,4	64,5	59,7	83,2	131,0	71,5	p 66,8	...
Baugenehmigungen 16)										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 17)		922	1 071	762	695	782	873	658	749	921
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	332	269	217	371	287	254	308	326
Veranschlagte reine Baukosten 17)										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	97,1	68,3	63,8	86,8	98,8	67,0	91,9	102,8
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	66,3	43,2	42,1	48,2	67,6	42,0	47,7	62,1
*Umbauter Raum in allen Gebäuden 17)										
(ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 369	985	927	1 222	1 350	898	1 152	1 310
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	862	577	566	621	855	515	577	771
*Wohnungen 18)										
darunter *in ganzen Wohngebäuden		2 109	2 479	1 637	1 672	1 969	2 469	1 447	1 659	2 199
		1 879	2 247	1 469	1 462	1 709	2 316	1 239	1 430	1 934
Baufertigstellungen										
Wohnungen 19)		1 533	2 162	817	834	1 068	9 208	724	860	755
Wohnräume 20)		6 064	8 767	3 354	2 931	4 297	37 379	2 874	3 012	3 238
HANDEL UND GASTGEWERBE										
*Index der Einzelhandelsumsätze	1961=100	.	.	82	79	95	146	92	87	107
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel				84	84	99	130	92	91	108
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe				78	71	85	182	88	75	86
*Hausrat und Wohnbedarf				78	76	93	165	93	82	105
*Sonstige Waren				84	83	101	140	96	95	123
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	508	888	245	507	858	525	523	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 376	643	569	887	4 490	604	649	...
Handel mit Berlin [West]										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	14 304	13 083	12 452	13 318	14 755	12 485	14 539	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	33 732	31 019	28 214	28 137	36 905	38 089	32 646	...
*Ausfuhr nach Warengruppen 21)	Mill. DM	67,7	89,5	107,3	68,8	65,4	124,9	73,2	63,9	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	6,6	8,2	7,0	6,9	6,4	6,5	4,4	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	82,9	99,0	61,8	58,5	118,5	66,7	59,5	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,1	2,7	3,0	3,5	3,7	3,3	3,5	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	8,5	8,6	12,0	8,7	10,6	6,4	6,6	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	71,3	87,7	46,9	46,4	104,2	57,0	49,4	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	3,4	3,1	3,0	3,1	4,4	3,7	3,3	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	68,0	84,6	43,9	43,3	99,8	53,4	46,1	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 21)										
EWG-Länder	Mill. DM	11,0	18,1	15,3	26,3	16,3	27,6	24,1	15,2	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	5,3	5,3	6,8	6,2	6,4	5,5	4,9	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	8,0	5,2	14,8	6,2	15,6	13,0	5,2	...
EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	46,5	72,3	24,1	24,2	74,3	31,3	28,5	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	8,7	7,6	9,5	8,2	22,9	5,2	5,6	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	9,5	45,0	3,1	3,8	3,3	2,1	3,1	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	17,0	12,2	1,2	1,6	36,0	14,6	11,3	...
Schweden	Mill. DM	6,3	4,2	3,3	4,3	4,5	5,0	4,1	3,2	...
Fremdenverkehr 22)										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	140	59	61	84	54	62	61	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	15	17	4	4	10	5	4	4	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	895	179	185	261	168	188	187	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	33	34	8	7	16	11	8	9	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) einschl. Verluste 14) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 15) nach den Ergebnisse der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 16) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 17) nur Neubau und Wiederaufbau 18) nur Normalwohnungen 19) Normalbau 20) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 21) 1961/62 = vorläufige Zahlen 22) ab Dezember 1961 und Monats-β 1961 = vorläufige Zahlen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1961/62			
		Monats-Durchschnitt			Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.
VERKEHR										
Seeschifffahrt ²³⁾										
Güterempfang	1 000 t	377	508	382	381	398	488
Güterversand	1 000 t	102	150	168	152	131	150
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	126	154	121	109	115	147	158	133	172
*Güterversand	1 000 t	195	270	153	201	260	173	201	188	226
Nord-Ostsee-Kanal ²⁴⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		5 645	6 437	5 355	4 724	5 847	6 233	5 776	4 987	...
darunter deutsche	%	65,5	63,7	61,7	61,4	66,5	60,5	63,1	63,3	...
Raumgehalt	1 000 NRT	2 795	3 397	3 312	2 804	3 042	3 698	3 477	2 752	...
darunter deutscher Anteil	%	30,3	28,5	25,7	24,5	27,6	24,8	24,6	24,1	...
Güterverkehr	1 000 t	3 840	4 766	4 529	3 851	4 156	5 059	5 038	3 875	...
und zwar										
auf deutschen Schiffen	%	32,6	30,5	28,2	27,7	29,3	27,5	26,6	28,1	...
Richtung West-Ost	1 000 t	1 906	2 304	2 248	2 136	2 227	2 412	2 500	1 981	...
Richtung Ost-West	1 000 t	1 935	2 462	2 281	1 716	1 929	2 647	2 538	1 894	...
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	4 271	2 841	4 018	6 256	3 531	3 534	4 028	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		227	123	19	97	285	19	28	50	...
*Personenkraftwagen		2 107	3 081	2 080	3 006	4 545	2 615	2 697	3 076	...
*Kombinationskraftwagen		175	242	228	206	326	218	228	233	...
*Lastkraftwagen		293	374	265	317	441	346	318	311	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle		2 513	3 483	2 714	2 386	2 894	3 833	3 010	2 981	p3 179
davon										
*mit Personenschaden		918	1 100	733	755	925	1 045	858	723	p 824
*nur mit Sachschaden		1 595	2 393	1 981	1 631	1 969	2 788	2 152	2 258	p2 355
*Getötete Personen ²⁵⁾		40	50	34	31	31	61	48	32	p 45
*Verletzte Personen		1 130	1 394	933	967	1 148	1 266	1 061	917	p1 047
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁶⁾										
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 105 ^g	4 943 ^g	4 233	4 305	4 423	4 943	4 937	5 016	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^g	1 436 ^g	1 249	1 277	1 343	1 436	1 405	1 453	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^g	1 425 ^g	1 246	1 271	1 340	1 425	1 401	1 449	...
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	2 165 ^g	3 506 ^g	2 985	3 028	3 079	3 506	3 532	3 563	...
darunter an *Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^g	3 022 ^g	2 575	2 614	2 660	3 022	3 043	3 069	...
*Einlagen von Nichtbanken ²⁶⁾	Mill. DM	2 067 ^g	3 090 ^g	2 804	2 876	2 848	3 090	3 057
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^g	1 369 ^g	1 244	1 290	1 250	1 369	1 295
darunter *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	837 ^g	1 071 ^g	998	1 006	990	1 071	1 028	1 030	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^g	1 721 ^g	1 560	1 586	1 598	1 721	1 762
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^g	1 159 ^g	1 041	1 060	1 068	1 159	1 188	1 210	1 228
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	85	98	71	71	170	127
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	70	71	46	59	135	87
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	8	3	10	9	17	3	12	9
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	2	2	-	1	1	-	...	2
Wechselproteste	Anzahl	636	754	705	721	710	806	694
Wert	1 000 DM	465	552	465	599	469	631	494
STEUERN ²⁷⁾										
*Landesteuern	1 000 DM	32 185	54 928	45 052	35 348	74 036	94 911	58 576	39 932	79 879
darunter										
*Vermögenssteuer	1 000 DM	1 463	2 393	593	4 584	1 611	1 173	812	5 626	689
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	5 432	6 344	4 823	6 089	5 121	7 379	5 212	6 578
*Biersteuer	1 000 DM	420	561	457	518	346	579	510	545	437
*Bundessteuern	1 000 DM	93 577	121 732	128 535	93 713	127 475	152 393	135 849	97 106	129 224
darunter										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	29 801	39 324	47 117	31 179	32 489	42 954	49 410	33 925	33 139
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 253	1 267	1 017	1 062	1 193	1 103	961	1 026
*Zölle	1 000 DM	7 838	8 529	8 676	7 766	7 527	9 032	12 817	9 739	9 634
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	49 191	50 638	42 114	52 478	53 029	47 526	39 401	48 521
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	35 876	37 719	33 023	36 810	39 727	38 158	31 019	39 241
*Notopfer Berlin ²⁸⁾	1 000 DM	354	44	83	50	46	127	29	36	27
außerdem *Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	6 077	5 307	9 682	2 458	7 976	3 603	10 052	3 971

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

23) Monatsangaben 1961/62 = vorläufige Zahlen 24) ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 25) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 26) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 27) Rechnungsjahr, ab 1960 Kalenderjahr 28) ohne Abgabe auf Postsendungen g) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1961/62			
			Monats-Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
noch: STÉUERN										
Steuern vom Einkommen ²⁹⁾	1 000 DM	37 688	66 828	53 581	33 110	96 780	131 591	71 328	37 269	105 362
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	25 257	28 902	14 905	8 102	31 209	36 382	20 897	13 499
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	30 164	20 021	13 760	61 612	72 638	22 478	13 811	70 102
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	617	501	265	375	303	1 126	433	672
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	10 790	4 158	4 180	26 692	27 442	11 341	2 128	21 088
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	77 034 ⁺	78 354 ^h	.	.	77 335 ⁱ	.	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	6 982 ⁺	6 978 ^h	.	.	7 273 ⁱ	.	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	12 710 ⁺	11 383 ^h	.	.	12 544 ⁱ	.	.	.
Baulandsteuer	1 000 DM	59 ^j	.	.	.
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	52 299 ⁺	54 884 ^h	.	.	51 844 ⁱ	.	.	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	5 029 ⁺	5 108 ^h	.	.	5 618 ⁱ	.	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	6 530 ⁺	6 536 ^h	.	.	6 094 ⁱ	.	.	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	94	97	97	94	93	92	p 92	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	132	131	131	131	129	132	132	p 132	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1958=100	100	101,9	101,6	101,8	101,8	102,3	102,5	102,6	...
landwirtschaftlicher Produkte	1957/58-58/59 = 100	100,4 ^j	97,8 ^k	97,7	97,9	96,1	p102,6	p103,9	p104,0	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	100	121,8	.	117,3	.	.	.	p127,3	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher										
Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1958/59=100	100	103,6 ^k	103,9	104,6	104,8	105,8	p107,1	p107,9	...
Einzelhandelspreise	1958=100	100	103	102	102	102	105	106	106	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁰⁾	1958=100	100	105,0	103,6	103,8	104,1	106,3	107,2	107,4	...
darunter										
Ernährung		100	103,6	101,6	102,0	102,4	104,7	106,1	106,5	107,9
Wohnung		100	118,0	116,5	116,5	116,5	119,7	120,2	120,2	120,2
Heizung und Beleuchtung		100	103,7	103,7	103,8	103,8	105,2	105,9	106,0	106,0
Bekleidung		100	104,0	103,0	103,2	103,6	105,0	105,8	105,8	106,3
Hausrat		100	101,1	100,3	100,4	100,3	102,7	103,2	103,2	103,4
LÖHNE UND GEHÄLTER ³¹⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³²⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	116,69	146,78	.	143,57	.	.	.	155,67	.
darunter Facharbeiter	DM	124,34	156,59	.	155,30	.	.	.	166,98	.
*weiblich	DM	67,56	88,45	.	84,13	.	.	.	94,51	.
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	243,5	307,9	.	301,0	.	.	.	329,9	.
darunter Facharbeiter	Pf	258,6	327,0	.	323,3	.	.	.	351,0	.
*weiblich	Pf	152,9	203,6	.	195,7	.	.	.	221,6	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	47,7	.	47,7	.	.	.	47,2	.
*weiblich	Std.	44,2	43,4	.	43,0	.	.	.	42,7	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	44,3	.	46,8	.	.	.	46,2	.
*weiblich	Std.	41,4	40,5	.	42,4	.	.	.	42,2	.
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie ³²⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	732	.	710	.	.	.	778	.
*weiblich	DM	382	475	.	459	.	.	.	510	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	850	.	817	.	.	.	903	.
*weiblich	DM	403	500	.	479	.	.	.	540	.
im Handel ³³⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	679	.	658	.	.	.	726	.
*weiblich	DM	331	409	.	403	.	.	.	430	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	497	706	.	655	.	.	.	730	.
*weiblich	DM	259	358	.
in Industrie ³²⁾ und Handel ³³⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	696	.	674	.	.	.	743	.
*weiblich	DM	347	428	.	420	.	.	.	453	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	842	.	806	.	.	.	895	.
*weiblich	DM	391	494	.	475	.	.	.	532	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

29) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 30) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958 31) Effektivverdienste: 1958 und 1961 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 32) einschl. Baugewerbe

33) Handel, Geld- und Versicherungswesen h) 1. 10. - 31. 12. 1960 i) 1. 10. - 31. 12. 1961 j) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni)

k) Wirtschaftsjahr 1960/61 (Juli - Juni)

Jahreszahlen A*

	Zeit 1)	Einheit	1950	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Wohnbevölkerung	JD	1 000	2 598	2 271	2 253	2 258	2 269	2 284	2 299	2 324 ^a
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben	JS	1 000	+ 17	+ 7	+ 7	+ 7	+ 8	+ 11	+ 10	+ 13
Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	JS	1 000	- 108	- 34	- 13	+ 6	+ 3	+ 3	+ 9	+ 13
Beschäftigte Arbeitnehmer ²⁾	30.9.	1 000	650	716	741	757	772	770	791	813
darunter in den Wirtschaftsbereichen										
Land- und Forstwirtschaft	30.9.	1 000	104	86	81	78	72	56	54	52
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30.9.	1 000	260	318	334	346	355	360	373	385
Handel und Verkehr	30.9.	1 000	121	148	158	163	171	177	183	188
Arbeitslose	30.9.	1 000	178	57	45	34	27	17	11	7
je 100 Arbeitnehmer	30.9.		21,5	7,4	5,7	4,3	3,4	2,2	1,4	0,9
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR										
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen	Mai	1 000	480	353	337	323	314	306	302	304
je 1 000 Einwohner	Mai		182	154	148	143	138	134	132	131
VOLKSEINKOMMEN										
Brutto-Inlandsprodukt ³⁾	JS	Mill. DM	3 866	6 238	6 879	7 612	8 429	9 073 ^b	9 666 ^b	...
je Einwohner		DM	1 488	2 747	3 054	3 371	3 715	3 972 ^b	4 204 ^b	...
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Pferde	3.12.	1 000	167	99	87	80	72	58	46	38
Rinder	3.12.	1 000	999	1 040	1 072	1 094	1 129	1 196	1 219	1 251
darunter Milchkühe	3.12.	1 000	458	429	431	431	426	441	460	467
Schweine	3.12.	1 000	1 031	1 184	1 210	1 298	1 279	1 328	1 414	1 636
Schafe ⁴⁾	3.12.	1 000	129	112	112	116	119	113	105	109
Hühner	3.12.	1 000	3 827	3 476	3 493	3 486	3 522	3 623	3 648	4 259
Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾										
Rinder	JS	1 000	164	253	229	280	293	295	341	342
Schweine	JS	1 000	818	1 455	1 441	1 675	1 745	1 725	1 883	2 021
Milcherzeugung										
Kuhmilcherzeugung	JS	1 000 t	1 562	1 577	1 586	1 662	1 699	1 682	1 750	1 831
Milchleistung je Kuh und Jahr		kg	3 610	3 554	3 711	3 857	3 946	3 951	3 965	3 980
INDUSTRIE⁶⁾										
Beschäftigte	JD	1 000	109	148	158	164	164	162	168	174
je 1 000 Einwohner			42	64	70	73	72	71	73	75
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	245	488	534	581	638	659	747	835
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	68	134	156	173	197	210	238	275
Umsatz ⁷⁾	JS	Mill. DM	2 416	4 223	4 840	5 363	5 744	6 053	6 407	7 011
darunter Auslandsumsatz	JS	Mill. DM	115	581	627	766	782	840	987	945
Index der industriellen Produktion einschl. Energie und Bau		1950=100	100	182	197	214	224	236	255	p 279
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Baugenehmigungen										
Wohnungen	JS	1 000	27,7	24,7	22,3	23,4	25,3	28,6	29,6	29,7
darunter in ganzen Wohngebäuden	JS	1 000	24,7	22,2	19,8	20,9	22,5	25,8	26,6	27,0
Baufertigstellungen										
Wohnungen										
Anzahl	JS	1 000	17,7	18,3	23,0	21,8	18,4	25,3	25,9	25,9
je 1 000 Einwohner			6,9	8,0	10,1	9,7	8,1	11,0	11,2	11,1
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	56,4	58,7	63,2	49,5	53,2	50,9	50,9
Wohnräume ⁸⁾										
Anzahl	JS	1 000	59,1	67,9	83,9	79,5	72,8	99,7	103,5	105,2
je 1 000 Einwohner			23,1	29,8	37,0	35,3	32,0	43,5	44,8	45,1
Bestand an										
Wohnungen ⁸⁾	31.12.	1 000	461,4	564,2	585,5	605,9	623,4	647,1	671,2	695,4
Wohnräumen	31.12.	1 000	1 853	2 104	2 184	2 262	2 334	2 431	2 531	2 632

*) erscheint im monatlichen Wechsel mit B 1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme 2) Arbeiter, Angestellte und Beamte 3) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt; generalbereinigte Werte 4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 5) gewerbl. und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang 6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 7) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 8) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen a) Errechnet unter Zugrundelegung der auf der Grundlage der Wohnungstatistik 1956 fortgeschriebenen Wohnbevölkerung. Die Zahl ist nur als vorläufige Angabe zu verwenden und gilt nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6.6.1961 als überholt b) vorläufige Ergebnisse

KREISZAHLEN

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wohnbevölkerung am 30. 6. 1961 ¹⁾	Einnahmen aus Gemeindesteuern im Kj. 1961 in 1 000 DM	Aufwand der öffentlichen Fürsorge 2) im Rj. 1960 in DM je Einw.	Arbeitslose am 30. 9. 1961			Industrie ³⁾	
				insgesamt	davon		Beschäftigte am 28. 2. 1962	Umsatz ⁴⁾ in Mill. DM im Febr. 1962
					männlich	weiblich		
Flensburg	98 048	15 455	26,14	416	259	157	7 403	20,4
Kiel	271 732	55 545	27,48	1 443	579	864	34 207	46,4
Lübeck	233 495	47 979	28,09	1 036	647	389	35 204	75,5
Neumünster	73 394	13 266	23,17	263	176	87	13 139	22,8
Eckernförde	65 178	6 085	26,32	155	79	76	1 797	4,5
Eiderstedt	18 997	2 392	22,62	46	21	25	408	1,1
Eutin	90 030	11 488	23,18	365	198	167	4 222	13,1
Flensburg-Land	65 173	4 874	19,29	161	96	65	722	2,1
Hzgt. Lauenburg	130 216	15 170	20,03	337	251	86	9 099	17,2
Husum	62 618	6 973	18,68	150	52	98	905	1,8
Norderdithmarschen	57 114	6 327	18,60	116	54	62	1 150	2,5
Oldenburg (Holstein)	79 868	8 847	18,65	316	188	128	1 498	5,1
Pinneberg	218 050	33 391	16,49	492	268	224	19 302	75,6
Plön	109 858	10 068	19,29	402	195	207	1 831	8,2
Rendsburg	157 110	17 752	19,45	434	240	194	9 969	22,1
Schleswig	98 279	9 687	21,74	129	81	48	4 206	19,3
Segeberg	94 425	9 697	17,16	86	59	27	4 856	14,5
Steinburg	122 743	19 436	20,56	202	148	54	10 449	33,6
Stormarn	145 009	21 639	16,69	315	202	113	9 043	74,7
Süderdithmarschen	71 749	9 408	20,90	72	42	30	4 910	27,8
Südtondern	61 273	8 774	18,60	109	35	74	996	3,9
Schleswig-Holstein	2 324 359	334 255	29,23	7 045	3 870	3 175	175 316	492,2

Kreisfreie Stadt Landkreis	Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im 1. Vierteljahr 1962						Baufertigstellungen im 1. Vierteljahr 1962	
	Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude ⁵⁾		Umbauter Raum in allen ganzen Gebäuden ⁵⁾		Wohnungen		Normalwohnungen	Normalwohnräume ⁶⁾
	insgesamt	darunter für Wohngebäude	insgesamt	darunter in Wohngebäuden	insgesamt	darunter in ganzen Wohngebäuden ⁵⁾		
							1 000 DM	
Flensburg	11 226	7 159	148	85	282	257	74	336
Kiel	39 396	12 848	392	152	444	410	205	766
Lübeck	18 463	10 743	276	137	417	386	648	2 104
Neumünster	6 657	4 292	88	53	158	146	43	179
Eckernförde	3 024	2 502	48	31	92	75	29	117
Eiderstedt	810	746	10	8	27	20	6	16
Eutin	6 894	6 692	92	88	213	209	15	67
Flensburg-Land	21 900	5 517	241	87	171	156	30	130
Hzgt. Lauenburg	10 693	9 595	150	120	360	296	137	568
Husum	4 384	2 728	64	37	111	71	14	63
Norderdithmarschen	4 575	3 387	63	41	110	100	35	173
Oldenburg (Holstein)	11 814	8 285	128	97	300	250	51	243
Pinneberg	29 424	18 591	371	212	653	570	267	1 188
Plön	6 393	5 616	92	72	218	183	96	351
Rendsburg	16 111	11 452	205	134	375	334	274	1 074
Schleswig	6 963	4 088	92	56	133	99	34	167
Segeberg	15 695	6 738	203	87	253	209	52	205
Steinburg	12 538	8 933	167	111	310	274	153	646
Stormarn	18 176	11 452	259	134	401	318	115	475
Süderdithmarschen	9 829	4 728	188	57	139	121	19	86
Südtondern	6 743	5 754	83	65	138	119	42	170
Schleswig-Holstein	261 708	151 846	3 360	1 864	5 305	4 603	2 339	9 124

1) Auf der Grundlage der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschriebene Wohnbevölkerung. Nur als vorläufige Angabe zu verwenden, nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6. 6. 1961 überholt 2) einschl. Tbc-Hilfe 3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) Neubau und Wiederaufbau 6) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit — Stand	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Ham- burg	Nie- der- sach- sen	Bre- men	Nord- rhein- West- falen	Hes- sen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land
BEVÖLKERUNG												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung in 1 000	30.6.1961 ¹⁾	54 457	2 332	1 847	6 626	713	16 051	4 860	3 447	7 882	9 619	1 080
Veränderung in %	"	+ 35	+ 47	+ 8	+ 46	+ 27	+ 34	+ 40	+ 16	+ 44	+ 36	+ 21
30. 9. 1961 geg. VZ 1939	"	+ 13	- 8	+ 17	- 2	+ 29	+ 23	+ 14	+ 15	+ 24	+ 6	+ 14
30. 9. 1961 geg. 31. 12. 1950	"	220	149	2 471	140	1 765	473	230	174	220	136	421
Bevölkerungsdichte 2) Einwohner je qkm	"											
ARBEIT												
Beschäftigte Arbeitnehmer ³⁾ in 1 000	31.12.1961	20 797	801	841	2 365	298	6 741	1 804	1 153	3 067	3 368	361
Arbeitslose in 1 000	28.2.1962	257	14	6	44	6	41	14	19	10	102	2
je 100 Arbeitnehmer ⁴⁾	"	1,2	1,7	0,7	1,8	1,8	0,6	0,7	1,6	0,3	3,0	0,6
VOLKSEINKOMMEN⁵⁾												
Brutto-Inlandsprodukt in Mrd. DM	1960	276 ^a	10	17	30	5	92	25	14	41	43	.
in DM je Einwohner	1960	5 271 ^a	4 204	9 282	4 506	6 988	5 865	5 192	4 051	5 343	4 585	.
LANDWIRTSCHAFT												
Erzeugung von Kuhmilch ⁶⁾ in 1 000 t	Febr. 1962	1 510	148	2	291	2	241	98	74	196	449	9
in kg je Kuh und Tag	"	9,1	11,4	11,4	10,1	9,7	10,5	8,6	7,8	8,0	8,4	9,5
INDUSTRIE												
Beschäftigte ⁷⁾ in 1 000	31.12.1961	7 977	174	233	723	93	2 860	677	364	1 443	1 236	175
je 1 000 Einwohner	"	146	75	126	109	130	178	139	106	183	129	162
Umsatz 7) in Mill. DM	Dez. 1961	23 495	620	1 143	2 348	410	8 720	1 870	1 069	3 950	2 960	407
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 766	103	144	398	76	1 316	339	214	642	388	145
Produktionsindex 8) (arbeitsmäßig) 1950 = 100	"	270	292	253	304	245	(263) ^b	334	303	284	273	.
BAUWIRTSCHAFT⁹⁾ UND WOHNUNGSWESEN												
Beschäftigte in 1 000	31.12.1961	1 380	62	49	178	21	398	118	81	202	243	28
je 1 000 Einwohner	"	25,3	26,4	26,8	26,9	29,8	24,8	24,2	23,5	25,6	25,3	26,2
Geleistete Arbeitsstunden in Mill.	Dez. 1961	159	7	6	18	3	47	14	9	22	29	3
je Einwohner	"	2,9	3,1	3,3	2,8	3,6	2,9	3,0	2,6	2,8	3,0	2,5
Zum Bau genehmigte Wohnungen 10) Anzahl	Jan. 1962	42 895	1 447	738	4 143	563	13 296	4 834	3 421	6 588	7 151	714
je 10 000 Einwohner	"	7,9	6,2	4,0	6,3	7,9	8,3	9,9	9,9	8,4	7,4	6,6
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen) Anzahl	"	14 792	724	589	1 415	183	5 429	1 197	620	3 095	1 348	192
je 10 000 Einwohner	"	2,7	3,1	3,2	2,1	2,6	3,4	2,5	1,8	3,9	1,4	1,8
AUSFUHR												
Ausfuhr in Mill. DM ⁶⁾	"	3 827 ^c	73	162	378	37	1 363	334	164	632	393	146
VERKEHR												
Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ Anzahl	1961	981 337	41 918	58 524	104 767	16 080	297 983	96 741	58 462	131 197	160 090	15 575
je 10 000 Einwohner	"	180	180	317	158	226	186	199	170	166	166	144
Getötete Personen Anzahl	"	14 160	596	278	1 994	104	4 263	1 065	1 043	1 949	2 614	254
je 1 000 Unfälle	"	14	14	5	19	6	14	11	18	15	16	16
STEUERN												
Steueraufkommen in DM je Einwohner												
Landessteuern 11)	4. Vj. 1961	122	78	237	93	161	142	129	79	129	104	71
Bundessteuern 12)	"	199	171	721	151	400	217	163	153	182	151	120
Gemeindesteuern	"
GELD UND KREDIT												
Bestand an Spareinlagen ¹³⁾ in DM je Einwohner	31. 1. 1962	1 038	755	1 413	958	1 128	1 113	1 029	904	1 071	991	876

1) Auf Grundlage der Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschriebene Wohnbevölkerung. Die Zahlen sind nur als vorläufige Angaben zu verwenden und gelten nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6. 6. 1961 als überholt. 2) Gebietsstand: 31. 12. 1960. 3) Arbeiter, Angestellte und Beamte. 4) Beschäftigte und Arbeitslose. 5) generalbereinigte Werte, vorläufige Ergebnisse. 6) vorläufige Zahlen. 7) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft. 8) Gesamtindex (ohne Bau). 9) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet). 10) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau). 11) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen. 12) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin. 13) ohne Postspareinlagen. a) ohne Saarland. b) 1936 = 100. c) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen.

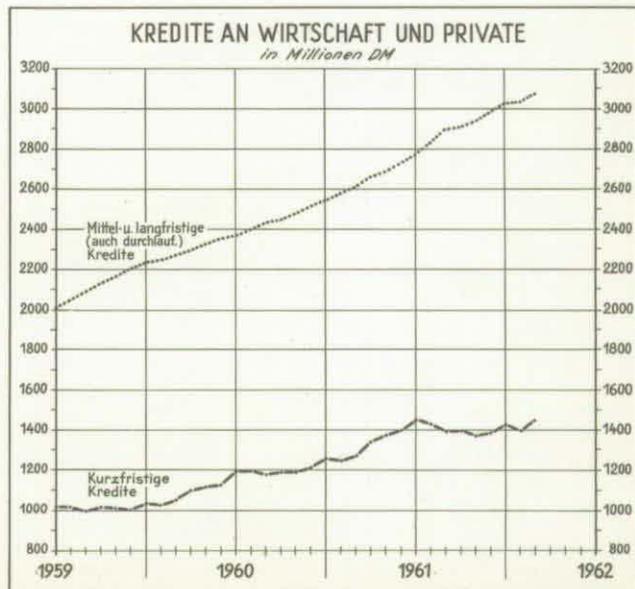
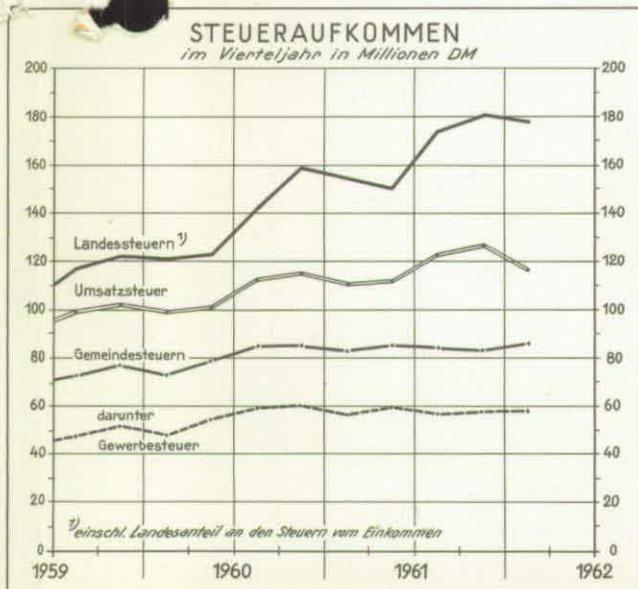
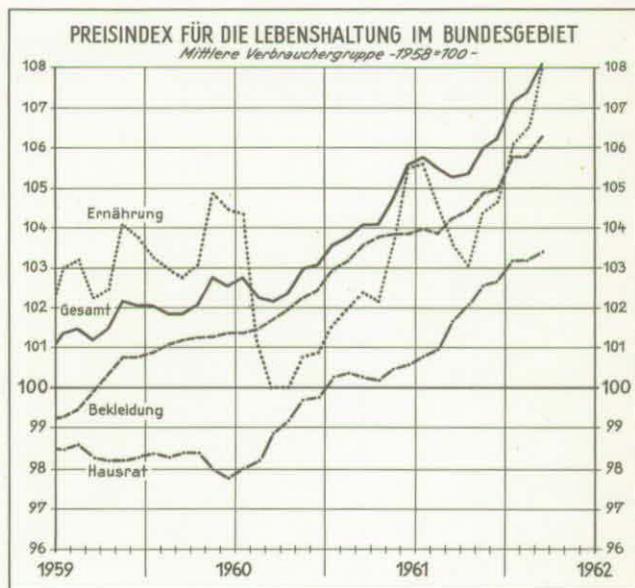
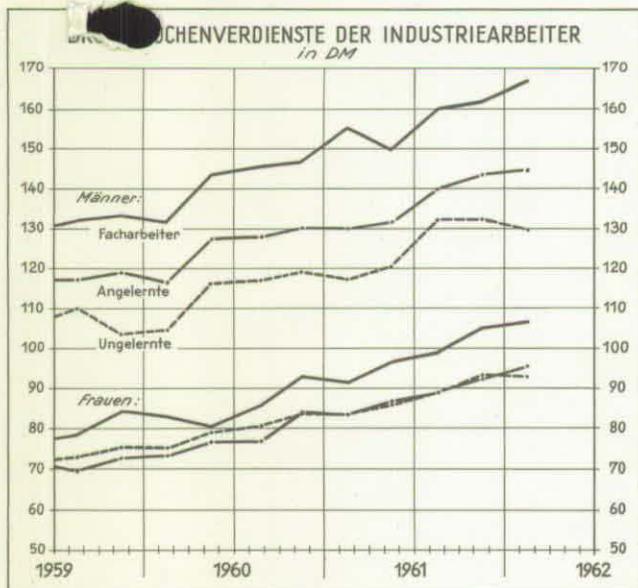
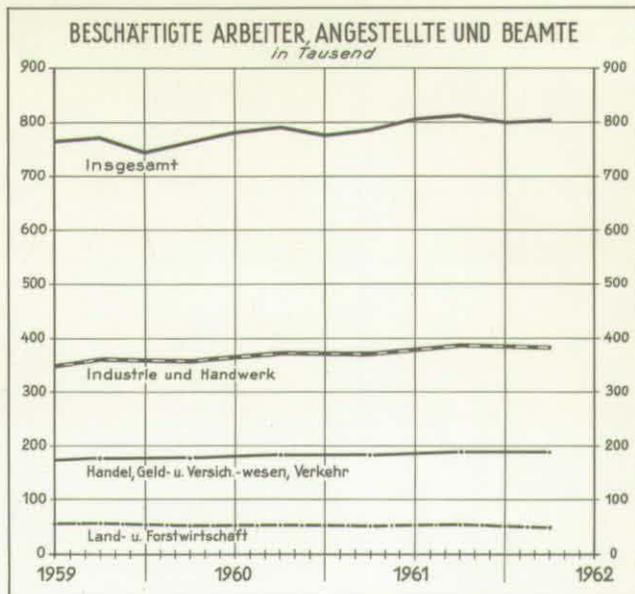
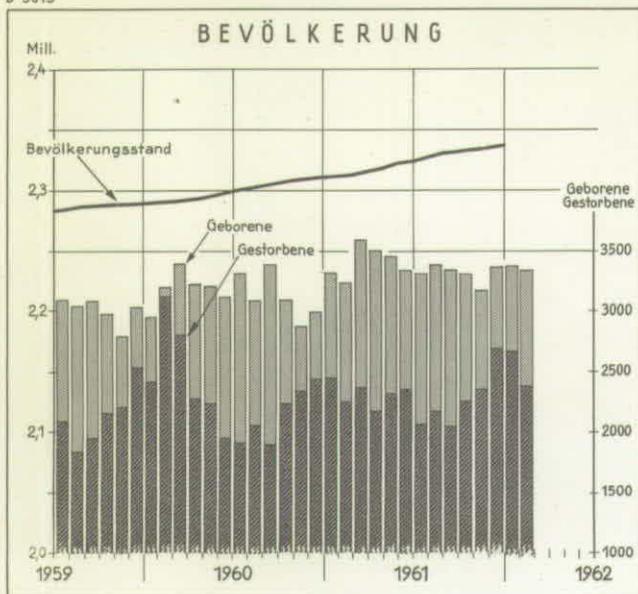
Inhalt des lfd. Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Selte
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Bevölkerung 1960	1/8
Unterricht, Bildung und Kultur	
Ingenieurschulen 1960/61	1/24
Jugendgruppen 1961	2/60
Lehrerbedarf und Lehrernachwuchs	4/108
Schulen, Allgemeinbildende - 1961	2/36
Turnen und Sport	2/60
Wahlen	
Bundestagswahl 1961, repräsentativ	2/38
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Betriebe, Landw. - nach Hauptbetriebsart	2/41
Betriebe, Landw. - über 100 ha	4/110
Gemüse 1961	4/124
Getreideernte und ihre Verwertung	2/46
Getreide 1961	4/125
Handelsdünger 1960/61	1/10
Obsternte 1961	2/61
Schlachtvieh- und Fleischbeschau	1/12
Zwischenfruchtanbau 1961	2/62
Industrie und Handwerk	
Produktion, Industrie- 1960	1/15
Handel und Gastgewerbe	
Konsumgenossenschaften 1960	4/127
Verkehr	
Berlin- und Interzonenhandel 1960	3/79
Güterbewegungsstatistiken	3/76
Pkw-Bestand, Voraussichtlicher -	4/128
Straßenverkehrsmittel, Öffentliche -	2/49
Geld, Kredit und Versicherungswesen	
Spareinlagen 1900 bis 1960	3/81
Öffentliche Finanzen	
Gewerbesteuer-Meßbeträge 1958	4/114
Umsätze 1960	2/54
Umsatzstruktur 1960	4/116
Vermögensmillionäre	2/63
Preise	
Baupreisstatistik	1/19
Gaststätten, Preise in - 1960	4/119
Löhne und Gehälter	
Handwerk, Löhne im -	3/85
Versorgung und Verbrauch	
Verbrauch in Haushalten	3/90
Sozialprodukt	
Bruttoinlandsprodukt Verarb. Gewerbe	1/4

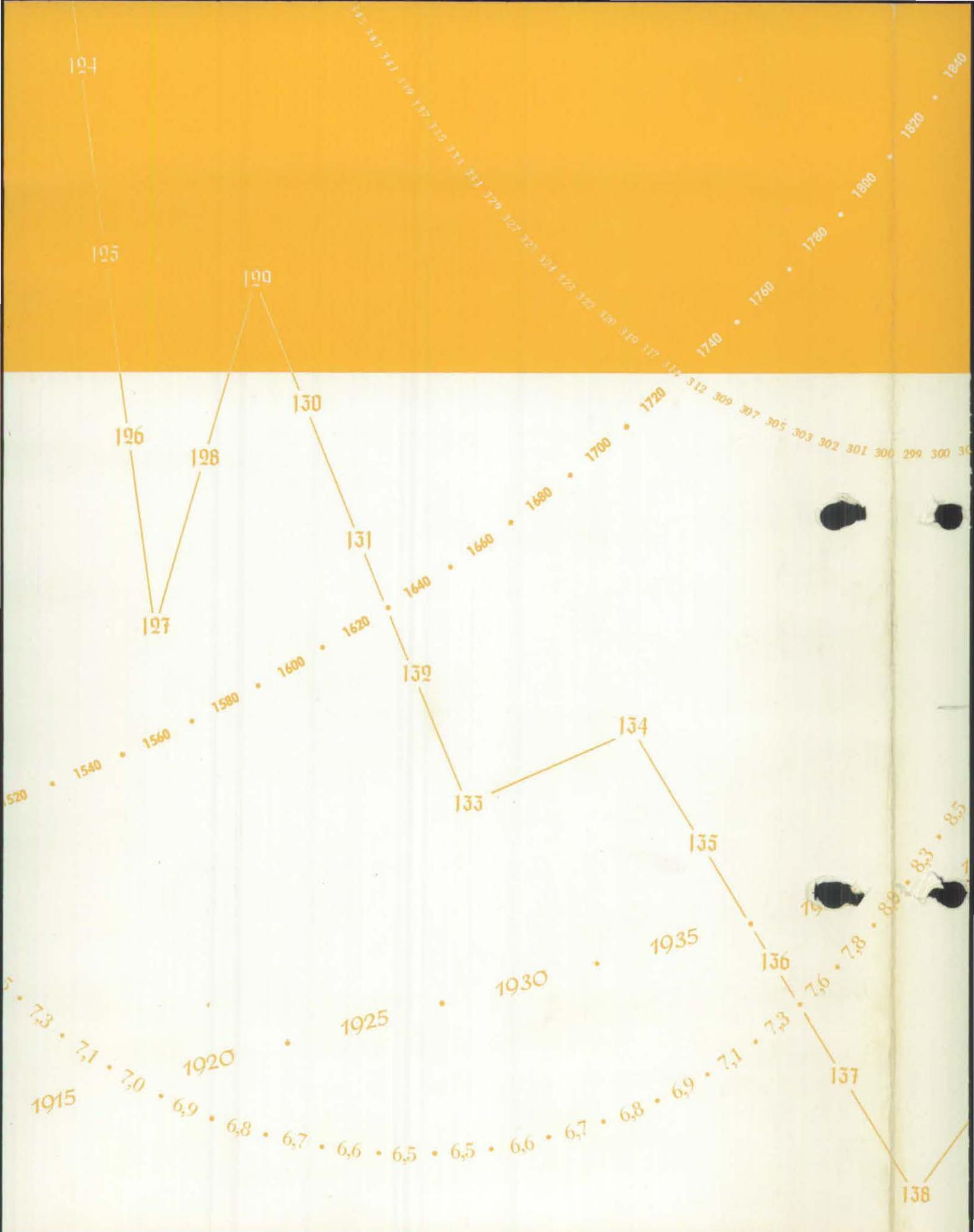


SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A*

D-3015



* Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt, Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte in Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen